

INTOSAI



Z INTERNATIONALE
Zeitschrift
für STAATLICHE FINANZKONTROLLE



Juli 2014

Juli 2014

Jahrgang 41,
Nr. 3



INTERNATIONALE Zeitschrift für STAATLICHE FINANZKONTROLLE

Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle, Inc. © 2014

Redaktionsbeirat

Josef Moser, *Präsident, Rechnungshof,
Österreich*

Michael Ferguson, *Auditor General, Kanada*
Abdelkader Zgouli, *First President, Cour des
Comptes, Tunesien*

Gene Dodaro, *Comptroller General,
Vereinigte Staaten von Amerika*

Adelina González, *Acting Comptroller General,
Venezuela*

Präsidentin

Helen H. Hsing (USA)

Chefredakteurin

Muriel Forster (USA)

Redakteure

Amy Condra (USA)

Melanie Papasian (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Aussenredakteure

Office of the Auditor General (Kanada)

Jagbans Singh (ASOSAI-Indien)

Patrick Zaccini (PASAI, Yap, Mikronesien)

CAROSAI Sekretariat (St. Lucia)

EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)

Khemais Hosni (Tunesien)

Basilio Jauregui (Venezuela)

INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)

U.S. Government Accountability Office (USA)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Paul Miller (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Vorsitzender	Liu Jiayi	China
Erster stellvertretender Vorsitzender	Dr. Harib Saeed Al Amimi	Vereinigte Arabische Emirate
Zweiter stellvertretender Vorsitzender	Dr. Osama Jafar Faqeeh	Saudi-Arabien
Generalsekretär	Dr. Josef Moser	Österreich
Mitglieder:	Hesham Genena	Ägypten
	Terrance Bastian	Bahamas
	Dr. Carlos Ramón Pólit Faggioni	Ecuador
	Gilbert Ngoulakia	Gabun
	Teruhiko Kawato	Japan
	Juan Manuel Portal Martínez	Mexiko
	Lyn Provost	Neuseeland
	Jørgen Kosmo	Norwegen
	Rana Muhammad Akhtar Buland	Pakistan
	Krzysztof Kwiatkowski	Polen
	Tatyana A. Golikova	Russische Föderation
	Kimi Makwetu	Südafrika
	Dra. Adelina González	Venezuela
	Gene L. Dodaro	Vereinigte Staaten von Amerika

Die *Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der INTOSAI (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion erbeten:

U.S. Government Accountability Office
441 G Street, NW, Room 7814
Washington, D.C. 20548
U.S.A.

(Telefon: 202-512-4707; Fax: 202-512-4021;
E-Mail: intosaijournal@gao.gov)

Da diese *Zeitschrift* als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewusst verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird kostenlos an die INTOSAI-Mitglieder und andere Interessenten verteilt. Sie ist auch elektronisch verfügbar unter <http://www.intosaijournal.org> oder <http://www.intosai.org> und auf Anfrage bei der *Zeitschrift* spel@gao.gov.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen Accountants' Index und in den Management Contents bibliografisch erfasst. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services, Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

Leitartikel	1
Neues in Kürze	6
Prüfung des eHealth-Projekts in Slowenien	12
Koreas Erfahrungen mit Prüfungen unter Einbeziehung der Bürger	16
Konferenz der Leiter der ORKB der Commonwealth- Staaten	21
INTOSAI-Gebergemeinschaft Kooperation - Update	26
INTOSAI Intern	30
IDI Update	40
INTOSAI-Veranstaltungen	47

<http://www.intosaijournal.org>



CBC führt INTOSAI's Fahrplan zum Ausbau der Sachkompetenzen fort

von Thembekile Kimi Makwetu, Leiter des Rechnungshofes von Südafrika und Vorsitzender des INTOSAI-Komitees für den Ausbau von Sachkompetenzen

Seit seiner Gründung beim XVIII. INCOSAI 2004 in Budapest hat das Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen (CBC) viel erreicht. Der Rechnungshof von Marokko, der den ersten Vorsitz innehatte, führte das CBC und dessen Unterkomitees mit Bedacht und Erfolg.

So konnten den Mitgliedern der INTOSAI-Gemeinschaft im Laufe der Jahre zahlreiche Leitfäden und andere Arbeitshilfen an die Hand gegeben werden, u. a. zu folgenden Themen: Personalwirtschaft, Peer-Review-Verfahren, gemeinsame Prüfungen, Umsetzung der ISSAI, Erhöhung der Wirksamkeit der Prüfungsberichte. Das CBC hat außerdem eine Datenbank erstellt, die Fachleute im Bereich öffentliche Finanzen auflistet, und führt gemeinsam mit IDI eine Datenbank über den Stand der Sachkompetenzen der Rechnungshöfe, um Unterstützungsmaßnahmen in diesem Bereich besser koordinieren zu können. Weiterhin wurde eine Plattform eingerichtet, um den Bedarf auf regionaler Ebene zu ermitteln und zu erörtern, beispielsweise die Eigenverantwortung der ORKB, Rahmendokumente, Leitfäden und Arbeitshilfen ihren Bedürfnissen entsprechend individuell anzupassen.

Während des letzten Jahrzehnts wurde der Ausbau der Sachkompetenzen auch durch andere wichtige Entwicklungen beeinflusst. Das Komitee für den Austausch von Wissen (KSC) folgte dem Ruf nach Arbeitshilfen und Normen zu Fragen wie der Rolle der Rechnungshöfe zum Nutzen der Gesellschaft, einem Bewertungsrahmen für die Prüfungstätigkeit der ORKB, der Prüfung im Bereich Katastrophenhilfe sowie der Korruptionsbekämpfung.

Als Meilenstein kann die Erarbeitung des umfangreichen ISSAI-Regelwerks bezeichnet werden, den internationalen Normen für die staatliche Finanzkontrolle. Durch das stete Bemühen des Komitees für Fachliche Normen (PSC) konnte den Rechnungshöfen ein aktuelles und internationalen Anforderungen entsprechendes

Standardwerk zur Verfügung gestellt werden, das gleichzeitig einen zielorientierten Ausbau der Sachkompetenzen der ORKB voraussetzt.

Auch die Gründung der IDI und die damit verbundenen Maßnahmen wie regionale Langzeitschulungsprogramme, regionale Satelliten- und Partnerschaftsprogramme sowie IDI-Schulungen und -Lehrgänge in Schlüsselbereichen der öffentlichen Finanzkontrolle stärkten die Sachkompetenzen der INTOSAI-Mitglieder.

Die Zusammenarbeit mit der stetig steigenden Zahl internationaler Geber konnte mit Hilfe des Steuerungskomitees der INTOSAI-Gebergemeinschaft besser strukturiert werden. Durch die so verbesserte Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen Geber und ORKB wurden viele finanzielle Hilfen zugunsten der Qualifizierung ermöglicht.

Auch die Regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI haben sich zunehmend mit dem Thema befasst und den Ausbau der Sachkompetenzen in ihre strategischen Pläne aufgenommen und dabei Zweck und Zielsetzung klar definiert. Obwohl in einigen Regionen entsprechende Ressourcen fehlen, bemühen sich die dort zuständigen Komitees, den Ausbau der Sachkompetenzen weiter voranzutreiben.

Die globalen Veränderungen führten zu einer stärkeren und breiteren Zusammenarbeit zwischen Entwicklungspartnern und -foren und auch dazu, dass die Rechnungshöfe als wichtiger Akteur in diesem Bereich anerkannt werden. Diese neue Form der Zusammenarbeit bzw. Partnerschaft ist weiter gefächert und inklusiver als zuvor und gründet auf gemeinsamen Leitlinien und Zielen und der Verpflichtung im Sinne einer nachhaltigen internationalen Entwicklung.

Angesichts dieser Gesamtsituation wurde die Notwendigkeit eines konzertierten Ansatzes, der die Ziele der INTOSAI und die internationalen Veränderungen gleichermaßen berücksichtigt, noch einmal bekräftigt. Das Mandat dazu erhielten der neue Vorsitzende des CBC, der südafrikanische Rechnungshof, sowie der zweite Vorsitzende, der schwedische Rechnungshof, durch den XXI. INCOSAI in Peking. Durch dieses Mandat für den Wandel des CBC erkennt INTOSAI sowohl das solide Fundament an, das während der vergangenen neun Jahre unter dem Vorsitz des marokkanischen Rechnungshofes aufgebaut wurde, als auch die Entwicklungen und Veränderungen, die seit Gründung des Komitees im Jahr 2004 in diesem Bereich stattgefunden haben.

Als ersten Schritt in diese Richtung erarbeitete das CBC ein Konzept für die künftige Ausrichtung des Komitees, das die Zusammenarbeit als entscheidenden Faktor nennt. Neben der IDI, dem Steuerungskomitee Kooperation INTOSAI-Gebergemeinschaft und den Regionalen Arbeitsgruppen kommt auch dem CBC eine wichtige strategische Rolle zu, vor allem in Bezug auf die INTOSAI-Regionen. Die besondere Stellung des CBC ist begründet durch seine Rolle, den Ausbau der Sachkompetenzen innerhalb der INTOSAI-Gemeinschaft zu fördern und zu begleiten. Zu den Aufgaben des CBC zählen:

Unterstützung der INTOSAI-Regionen beim Ausbau der Sachkompetenzen, u. a. im Hinblick auf die Ausarbeitung entsprechender Programme und der Förderung der interregionalen Zusammenarbeit

Ermöglichung des Meinungsaustauschs zu Chancen und Aufgaben beim Ausbau der Sachkompetenzen

Aufbau und Pflege von Beziehungen zu anderen Akteuren – auch außerhalb der INTOSAI-Gemeinschaft – die in diesem Bereich eine Rolle spielen, einschließlich des CBC, PSC und KSC; während das INTOSAI-Präsidium weiterhin für die Umsetzung der strategischen Ziele verantwortlich ist, kommt der ergänzenden Funktion, die CBC, PSC und KSC dabei haben, eine größere Bedeutung zu

Koordinierung der Maßnahmen zum Ausbau der Sachkompetenzen zur Vermeidung von Doppelarbeit, zur Förderung der gegenseitigen Unterstützungsmaßnahmen der Rechnungshöfe, beispielsweise durch Wissensaustausch, gemeinsame Schulungen oder die Überwachung des Qualifizierungsfortschritts

Aufbau einer flexibleren Struktur des CBC, damit sich mehr Mitglieder aktiv in die Arbeit des Komitees einbringen

Fortführung der wichtigen Funktion des CBC und seiner Unterkomitees durch vermehrte Anwendung der CBC-Leitfäden sowie der Leitfäden und Arbeitshilfen, sowohl regional als auch global zur Vermeidung von Doppelarbeit

All diese verschiedenen Aufgaben werden beim jährlichen Treffen des CBC, das diesmal vom 9. bis 11. September in Lima/Peru stattfindet, zur Sprache kommen. Ein weiteres Diskussionsthema wird der Fahrplan der INTOSAI zum Ausbau der Sachkompetenzen bis zum nächsten INCOSAI 2016 sein, bei dem das CBC ein neues Strategiepapier zur Annahme vorlegen will.

Beim Jahrestreffen werden auch viele der Werte, die im neuen Mandat des CBC zum Ausdruck kommen, in konkreten Projekten und Initiativen umgesetzt. Es werden jedoch nicht nur Weichen für die Zukunft gestellt, sondern das Treffen dient auch dazu, einen Blick auf das bisher Erreichte zu werfen, so beispielsweise auf die Entwurfsvorlage für die neue ISSAI 5800: *Leitfaden für kooperative Prüfungen von Obersten Rechnungskontrollbehörden*.

Das CBC hat es sich zudem zur Aufgabe gemacht, Möglichkeiten auszuloten und Initiativen anzustoßen hinsichtlich der Zertifizierung von Prüfern und der entsprechenden Akkreditierung der Rechnungshöfe bzw. der regionalen Strukturen der INTOSAI. In Zusammenarbeit mit dem Finanz- und Verwaltungskomitee (FAC) der INTOSAI und den betreffenden Interessengruppen koordiniert das CBC die Erarbeitung eines Weißbuchs zu anstehenden Themen und Aufgaben zur Vorlage bei der nächsten Präsidiumstagung im November 2014. Wir freuen uns, hierbei eng mit FAC, IDI, PSC und KSC zusammenarbeiten zu können.

Im Hinblick auf die Förderung guten Verwaltungshandelns und der Rechenschaftslegung rücken die Rechnungshöfe immer stärker in den Mittelpunkt des Interesses sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch der Gebergemeinschaft. Wir müssen uns daher – mehr als je zuvor – durch einen koordinierten und verstärkten Ausbau der Sachkompetenzen gegenseitig unterstützen und die interregionale Zusammenarbeit weiter fördern.



Phase des Umbruchs für die Zeitschrift

von Helen H. Hsing, Präsidentin der Internationalen Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Unser früherer Chefredakteur Don Drach sagte mir einmal, dass, wenn ich es selbst merken würde, es Zeit wird, in den Ruhestand zu gehen. Nun, nach 40 Jahren beim GAO und 12 Jahren als Präsidentin der *Zeitschrift*, weiß ich, dass jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist. Die Entscheidung dazu fiel mir schwer, weil ich seit Beginn meiner Tätigkeit beim GAO 1974 nie aufgehört habe, Neues zu lernen und mir meine Arbeit für die INTOSAI-Gemeinschaft sowohl in beruflicher als auch persönlicher Hinsicht viel Freude bereitet hat.

Der GAO sucht gerade eine/n Nachfolger/in für mich, zu dessen bzw. deren Aufgaben auch der Vorsitz des Herausbergremiums der *Zeitschrift* zählen wird sowie die verantwortliche Betreuung der Veröffentlichung der *Zeitschrift* im Namen der INTOSAI-Gemeinschaft. Bis dahin übernimmt der Abteilungsleiter Mark Gaffigan dieses Amt (ab 30. Juni 2014) und die damit verbundenen Aufgaben. Durch seine Teilnahme an der Sitzung der Arbeitsgruppe Umweltprüfung in Estland ist Mark für die INTOSAI-Gemeinschaft kein Unbekannter. Die *Zeitschrift* bleibt also in guten Händen. Nachdem der damalige Comptroller General beschlossen hatte, dass der GAO der Gemeinschaft der INTOSAI beitreten solle, gaben auch seine Nachfolger – Charles A. Bowsher, David M. Walker und Gene L. Dodaro – ein klares Bekenntnis dazu ab und förderten den gegenseitigen Wissensaustausch mittels der *Zeitschrift*. Obwohl die Redaktion beim GAO angesiedelt ist, handelt es sich um ein unabhängiges und gemeinnütziges Informationsorgan, das entsprechend steuerrechtlich in den Vereinigten Staaten registriert ist und autonom agiert.

Mit Hilfe der Mitgliedsbeiträge und der Bereitstellung von Personal und anderen Ressourcen durch das GAO konnte die *Zeitschrift* durch gute Zeiten gehen, aber auch die ein oder andere Durststrecke überstehen. Dank dieser Unterstützung erscheint die *Zeitschrift* nach wie vor vierteljährlich und in allen fünf offiziellen Sprachen der INTOSAI. Während wir beim GAO für Zusammenstellung der Inhalte und Veröffentlichung der *Zeitschrift* zuständig sind, entwickelt sich diese stets weiter dank der Unterstützung der INTOSAI-Mitglieder, die durch ihre Übersetzungen und Artikel einen wertvollen Input leisten. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass Prüfer/innen von Natur aus eher unkooperativ seien. Unsere Erfahrung hingegen zeigt das genaue Gegenteil: Die Mitglieder der INTOSAI bringen sich aktiv ein und wollen sich gerne mit anderen austauschen.

Während meiner Amtszeit wurde eine Internetplattform erstellt, um so auch den elektronischen Zugriff auf die *Zeitschrift* zu ermöglichen. Im letzten Jahr stellten wir mit Amy Condra eine erfahrene Kommunikationsexpertin ein, die

nun als Webmaster der Seite fungiert. Weiterhin profitierte die *Zeitschrift* von zwei hervorragenden Chefredakteuren: Don Drach und Muriel Forster. Ihnen oblag die schwierige Aufgabe, die Artikel für jede Ausgabe auszuwählen und denjenigen, deren Beiträge keine Berücksichtigung fanden oder abgeändert wurden, dies diplomatisch mitzuteilen. Als Vizepräsidenten der *Zeitschrift* waren sie auch mit dafür verantwortlich, so wie die anderen Mitglieder des Vorstands auch, die künftige Ausrichtung zu gestalten und dabei Good Governance und Wirtschaftlichkeit sicherzustellen. Jedes Jahr wird die *Zeitschrift* einer externen Prüfung unterzogen und der Prüfungsbericht dem INTOSAI-Sekretariat zugeleitet. Dieser ist auch Bestandteil des Berichts, den der Comptroller General des GAO bei der jährlichen INTOSAI-Präsidiumstagung vorlegt.

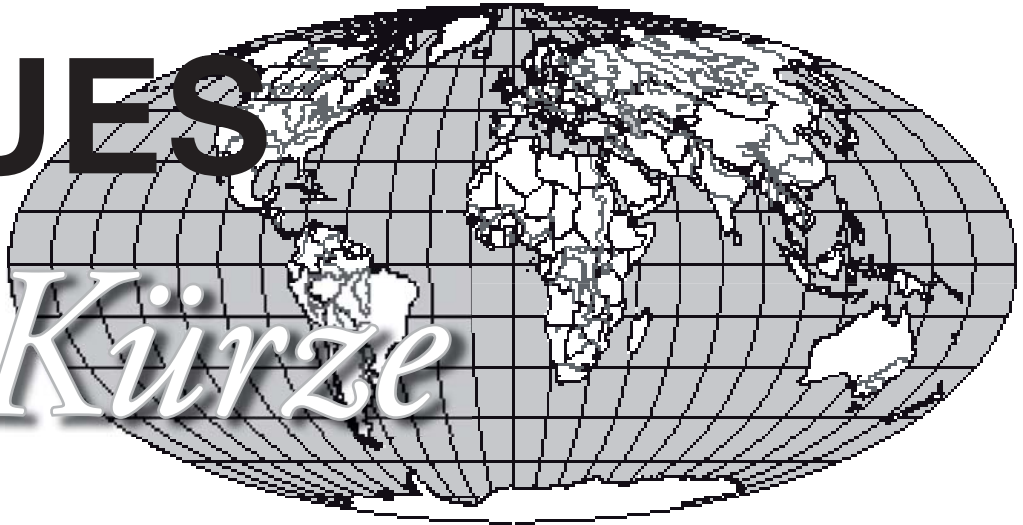
Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass die INTOSAI-Arbeitsgruppe Kommunikation, unter dem Vorsitz Österreichs, ein positives Feedback der INTOSAI-Mitglieder zur *Zeitschrift* bekommt, sind uns gleichzeitig aber auch bewusst, dass wir diese einer nochmaligen Überarbeitung unterziehen müssen. Es ist allgemein bekannt, dass technische Neuerungen wie Mobilgeräte und soziale Netzwerke die Art der Kommunikation weltweit verändert haben. Um hier nicht den Anschluss zu verlieren und auch weiterhin eine Rolle zu spielen, muss die *Zeitschrift* ihre Kommunikationsstrategie entsprechend anpassen und ggf. auch neue Wege beschreiten.

Ich denke, dass die nächsten 10 Jahre von entscheidenden und spannenden Veränderungen für die INTOSAI-Gemeinschaft geprägt sein werden. Die Finanzkrise 2008 führte uns unsere globale Vernetzung deutlich vor Augen. Entscheidungen, die in einem Land getroffen werden, können auch auf andere Länder erhebliche Auswirkungen haben. Die ORKB haben erkannt, dass sie über den eigenen Tellerrand hinausblicken müssen, um Themen und Projekte systematisch anzugehen und deren übergreifende Wirkung abzuschätzen. Sowohl die politischen Entscheidungsträger als auch die Rechnungshöfe führen weiterhin eine Debatte über Wert, Nutzen, Erwartungen, Rolle und Rechte bzw. Mandate der Prüferinnen und Prüfer und der ORKB. In einer Zeit der direkten und sofortigen Kommunikation erwarten die Entscheidungsträger auch Prüfungen quasi in Echtzeit und entsprechend schnelle Ergebnisse. Was benötigen die Organe der Finanzkontrolle, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können? Sollen Wirtschaftlichkeitsprüfung und die Beratungstätigkeit einen höheren Stellenwert erhalten und sollen sich die Rechnungshöfe ggf. um ein entsprechendes Mandat bemühen? Welche Auswirkungen werden die Digitalisierung und leistungsfähigere Mobilgeräte auf die Prüfungstätigkeit und Prüfungsverfahren haben? Da wir alle von diesen Veränderungen betroffen sind, sind Aufgabe und Funktion der *Zeitschrift* wichtiger als je zuvor, nämlich die Mitglieder der INTOSAI-Gemeinschaft miteinander in Verbindung zu bringen und den ORKB zu helfen, ihre wichtige Rolle hinsichtlich der Förderung von Transparenz, Rechenschaftslegung und Good Governance weiter erfüllen zu können.

NEUES

IN

Kürze



Belarus

Rechnungshof feiert 20jähriges Bestehen

Am 2. August 2014 feiert der Rechnungshof von Belarus sein 20jähriges Bestehen als Oberste Kontrollbehörde. Die Berichterstattung des Rechnungshofes richtet sich unmittelbar an den Präsidenten der Republik Belarus, Ziel der Prüfungstätigkeit ist die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes.

Weitere in der Verfassung von Belarus festgelegte Aufgaben sind: die Prüfung der Einhaltung von Präsidialerlassen, die Umsetzung komplexer Maßnahmen zur Aufdeckung von systemischen Rechtsverstößen, die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung, die Prüfung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit sämtlicher Rechtsakte aller staatlichen Ebenen.

Auch die Prüfung in den Bereichen Wirtschaft und Soziales zur Feststellung von systematischen Verstößen und systemimmanenten nachteiligen Strukturen und deren Ursachen gehört zu den Aufgaben des Rechnungshofes mit Schwerpunkt auf der Kriminalitätsprävention und der Verbesserung der Gesetzgebung.



Alexander Yakobson, Präsident des Rechnungshofes von Belarus, bei einer Anhörung von Bürgern im Bezirk Myadel der Region Minsk.

Die Aufbauorganisation umfasst als Vollzugsbehörde die Abteilung Finanzprüfung sowie zur Steuerfahndung die Abteilung Finanzüberwachung. Beide Abteilungen stärken die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Finanzkontrolle.

Aufgrund des guten Zusammenwirkens seiner verschiedenen Abteilungen und dem gesetzlichen Mandat kann der Rechnungshof umfassende Prüfungen durchführen und sowohl gegenüber natürlichen als auch juristischen Personen Disziplinarverfahren einleiten, bei Vergehen gerichtliche Anordnun-

gen erlassen, unrechtmäßig gezahlte Haushaltsmittel zurückfordern und Ermittlungen zur Vermeidung von Wirtschaftskriminalität führen.

Petitionen durch Bürgerinnen und Bürger oder von Einrichtungen sind wichtiger Bestandteil der Arbeit des Rechnungshofes. Er organisiert Anhörungen, richtet Hotlines ein und leitet Sitzungen vor Ort. Zu diesem Zweck hat der Rechnungshof eine entsprechende Abteilung eingerichtet.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Belarus:

E-Mail: kgk@mail.belpak.by
 Website: <http://www.kgk.gov.by>

Chile

OECD will Vertrauen der Öffentlichkeit stärken und Führungsqualität verbessern

Am 22. April 2014 hat der chilenische Rechnungshof den OECD-Bericht „OECD-Neukonzeption der Grundsatzaufgaben. Rechnungshof von Chile: Verbesserung der strategischen Flexibilität und Stärkung des öffentlichen Vertrauens“ vorgelegt. Der Bericht enthält Empfehlungen zum Führen der Institution und beschreibt kurz den Weg zu mehr Transparenz und einer verbesserten Verwaltung. Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Regierung begrüßten den Bericht als Beitrag zur Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen.

Das Dokument wurde von der OECD erstellt und enthält Beiträge von 13 ORKB. Bei der offiziellen Vorstellung des Berichts zeigten Vertreter verschiedener Bereiche der Gesellschaft – Regierung, sonstige Einrichtungen, Wissenschaft und Sachverständigenausschüsse – ihre Sicht auf die geleistete Arbeit, anstehende Herausforderungen und mögliche Folgen.

Der Leiter des chilenischen Rechnungshofes, General Ramiro Mendoza, betonte, dass diese Aufgabe nicht leicht gefallen sei; es fehle ein Glied in der Kette, „eine Karte, die den richtigen Weg zeigt“. Eine objektive umfassende Überprüfung sei nötig,



Der chilenische Rechnungshof stellt einen OECD-Bericht mit Beiträgen von 13 ORKB vor.

um den Bürgerinnen und Bürgern zeitnahe und effiziente Dienste zu bieten. Es müsse geklärt sein, wer wen prüft und kontrolliert, damit die verfassungsgemäße Unabhängigkeit der ORKB nicht gefährdet sei.

Die Vorstellung des Berichts soll der Anfang eines neuen Weges sein, das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Rechnungshof und in die öffentliche Verwaltung Chiles wieder zu stärken.

Den Bericht und Präsentationen dazu finden sie unter: <http://www.contraloria.cl/>

Weitere Informationen sind erhältlich bei Chiles Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

E-Mail: relacionesinternacionales@contraloria.cl
 Website: <http://www.contraloria.cl>

Indien

Leiter des indischen Rechnungshofes im Rat der Rechnungsprüfer der Vereinten Nationen

Der Leiter des indischen Rechnungshofes, Shashi Kant Sharma, wurde für sechs Jahre in den Rat der Rechnungsprüfer der VN gewählt. Die Wahl fand im UN-Hauptquartier in New York City im November 2013 statt. Indien wird ab 1. Juli 2014 auf China folgen.

Er wird nun die UN-Organisationen prüfen, darunter auch den Amtssitz in New York. Shashi Kant Sharma, der mit zwei anderen Ratsmitgliedern zusammenarbeiten wird, wird auch für die Prüfung folgender Organe zuständig sein: Friedenssicherungseinsätze, Entwicklungsprogramm, Kinderhilfs-

Über welche Themen sollte die Zeitschrift berichten?

Schreiben Sie uns an: intosaijournal@gao.gov

<http://www.intosaijournal.org>

werk, Amt des Hohen Flüchtlingskommissars, Umweltprogramm, Habitat und Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen.

Die UN-Generalversammlung hat den Rat zur Prüfung der Rechnungslegung der UN-Organisationen, ihrer Mittelbewirtschaftung und ihrer Programme eingerichtet. Die Prüfungsergebnisse und Empfehlungen sind über den Beratenden Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen an die Generalversammlung zu berichten. Der Rat der Rechnungsprüfer ist unabhängig und arbeitet eigenverantwortlich.

Die Generalversammlung ernennt drei Mitglieder, die ihrerseits Leiter eines nationalen Rechnungshofes sind, in den Rat der Rechnungsprüfer. Die drei Mitglieder tragen gemeinsam die Verantwortung für die Prüfung.

Gegenwärtig stellen folgende drei Mitglieder den Rat: Amyas Morse, Vereinigtes Königreich (bis 30. Juni 2016), Ludovick Utouh, Tansania (bis 30. Juni 2018) und Liu Jiayi, China (bis 30. Juni 2014).

Weitere Informationen sind erhältlich beim indischen Rechnungshof:

E-Mail: cag@cag.gov.in

Website: <http://www.cag.gov.in>

Kasachstan

Rechnungshof legt dem nationalen Parlament Bericht vor

Der Rechnungshof der Republik Kasachstan hat dem Parlament einen Bericht über den Staatshaushalt 2013 vorgelegt. Der Bericht enthält außerdem eine Bewertung der makroökonomischen Bedingungen, die Ergebnisse der Prüfung der Haushaltsführung, die Verwendung und Rückzahlung von

Staatsdarlehen sowie die Wirtschaftlichkeit der Steuer- und Zollverwaltung.

Des Weiteren wird die Arbeit der Verwaltung, die mittelfristige Finanzplanung, Investitionsmaßnahmen sowie PPP-Maßnahmen beurteilt.

Der letzte Teil des Jahresberichts enthält Prüfungserkenntnisse und Empfehlungen zur Verbesserung der Haushaltsgesetzgebung, Stärkung der Haushaltsdisziplin sowie zur Verhinderung und Abstellung von Unregelmäßigkeiten bei Haushaltsausführung und Mittelverwendung.

Weitere Informationen sind erhältlich beim kasachischen Rechnungshof:

E-Mail: s.mustafina@esep.gov.kz,

n.kumarova@esep.gov.kz

Website: <http://www.esep.kz>

Myanmar

Neue Organisationsstruktur des Rechnungshofes von Myanmar

Nach Maßgabe des neuen Gesetzes über den Rechnungshof der Union (2010) hat der Rechnungshof seine Aufbauorganisation reformiert. Die bisherige zentrale Struktur wurde durch eine dezentrale Struktur abgelöst, so dass es nun einen Rechnungshof für die Union mit 14 Regionalstellen gibt.

Im April 2014 wurde im Rechnungshof eine Abteilung für interne Verwaltung, Schulung und Forschung geschaffen sowie eine Prüfungsabteilung.

Jede Abteilung untersteht einem Abteilungsleiter, der vom Präsidenten des Rechnungshofes ernannt wird. Zur Erhöhung der Wirksamkeit wurde die Prüfungsabteilung, die bislang aus einem Prüfungsgebiet bestand, weiter untergliedert, so dass der Rechnungshof der Union in Myanmar nun acht Prüfungsgebiete umfasst.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Myanmar:

E-Mail: AuditorGeneral@mptmail.net.mm or oagmac@gmail.com

Website: <http://www.oagmac.gov.mm>

Rechnungshöfe des Commonwealth

Regierungspräsidenten des Commonwealth wollen Unabhängigkeit von ORKB unterstützen

Bei dem Treffen der Regierungspräsidenten des Commonwealth in Sri Lanka im November 2013 unterstrichen diese noch einmal die Wichtigkeit starker und unabhängiger ORKB und Rechnungsprüfungsausschüsse. Das Schlusskommuniqué enthielt folgende Punkte:

Finanzkontrollinstitutionen

45. Die Regierungschefs sind sich einig, dass starke, gut ausgestattete und unabhängige Rechnungshöfe einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Transparenz, Rechnungslegung und Wirtschaftlichkeit leisten und somit eine solide Mittelbewirtschaftung gewährleisten.

Rechnungsprüfungsausschüsse

46. Die Regierungschefs unterstreichen wiederholt, dass eine starke und unabhängige Kontrolle durch das Parlament eine wichtige Rolle spielt, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität der Regierung zu bewahren. Dies kann durch wirksame, unabhängige und transparente Rechnungsprüfungsausschüsse gewährleistet werden.

Dies rundet die exzellente Arbeit des INTOSAI-Sekretariats zur Erlangung der UN-Resolution ab und konnte dank des Engagements der ORKB und der Rechnungsprüfungsausschüsse im gesamten Commonwealth erreicht wer-

den, allen voran der Rechnungshof von Malta und der Rechnungsprüfungsausschuss von Australien. Für die Commonwealth-ORKB besteht die Herausforderung nun darin, den Druck auf die Regierungen aufrechtzuerhalten, damit den guten Worten Taten folgen.

Saudi Arabien

Rechnungshof hält 11. Jahrestagung ab

Der Präsident des saudi-arabischen Rechnungshofes, Osama Jafar Faquih, eröffnete die 11. Jahrestagung des Rechnungshofes, die vom 18. bis 19. Mai 2014 stattfand und sich mit der Stärkung der Finanzkontrolle in Saudi Arabien beschäftigte. Seminarunterlagen wurden sowohl vom Rechnungshof selbst als auch von anderen staatlichen Stellen vorgelegt.

Die Zusammenarbeit mit anderen Rechnungshöfen umfasst neben dem Erfahrungsaustausch auch die Auslotung gemeinsamer Schulungsmöglichkeiten:

So besuchten vom 2. bis 6. März 2014 unter der Federführung der IDI 33 ARABOSAI-Vertreter eine Schulung zur Leistungsmessung PMF in Riad.

Außerdem richtete der Rechnungshof von Pakistan vom 8. bis 23. Dezember 2013 in Riad eine Schulung zur Wirtschaftlichkeitsprüfung für 18 Prüfer des saudi-arabischen Rechnungshofes aus.

Der indische Rechnungshof leitete 2013 drei Schulungsmaßnahmen in Riad: Cyber- und Netzwerksicherheit, Prüfung der Sozialversicherung, Einsatz von CAATs zur Dokumentenanalyse und IT-Prüfung. Die Schulungen wurden von 20 Teilnehmern besucht.

Weitere Informationen sind erhältlich beim saudi-arabischen Rechnungshof:

E-Mail: gab@gab.gov.sa
Website: <http://www.gab.gov.sa>

Schweiz

Neuer Direktor bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle

Am 25.09.2013 ernannte der Bundesrat Michel Huissoud für eine Amtszeit von sechs Jahren zum neuen Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Er trat die Nachfolge von Kurt Grüter an, der von 1998 bis 2012 in den Diensten des Rechnungshofes stand und auch die EUROSAI-IT-Arbeitsgruppe leitete. Kurt Grüter ging Ende 2013 in den Ruhestand.



Michel Huissoud

Michel Huissoud hat Rechtswissenschaften an der Universität Genf studiert. Berufsbegleitend hat er das Zertifikat zum IT-Prüfer und zum Internen Prüfer erlangt, sowie einen Abschluss als Wirtschaftsprüfer erworben. Er ist seit 1988 in verschiedenen Funktionen für die Eidgenössische Finanzkontrolle tätig, u.a. als Stellvertreter von Kurt Grüter.

Weitere Informationen sind erhältlich bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle:

E-Mail: info@efk.admin.ch
Website: <http://www.efk.admin.ch>

Venezuela

Rechnungshof legt Parlament Jahresbericht vor

Nach Maßgabe der Verfassung und des nationalen Finanzkontrollgesetzes hat der Rechnungshof von Venezuela dem Parlament den Jahresbericht 2013 vorgelegt.

Der Bericht enthält eine Vielzahl an Informationen zu folgenden Themen:

Wirtschaftlichkeitsprüfung

Mitglieder der nationalen Finanzkontrolle (z. B. Finanzkontrollbehörden auf kommunaler und regionaler Ebene, die Finanzkontrollbehörde der bolivarianischen Armee, die Aufsichtsbehörde der Internen Prüfung und Innenrevisionen in der Verwaltung), der Kernbereich des Rechnungshofes

die dem Rechnungshof nachgeordneten Behörden

einen Anhang mit der Korruption überführten Einzelpersonen und Einrichtungen

eine Liste der Prüfungstätigkeit 2013

Diese Informationen wurden von der Leitung auch auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

Entsprechend seinem Mandat hat der venezolanische Rechnungshof Ordnungsmäßigkeitsprüfungen durchgeführt, die Mängelbehebung überwacht, Beratungsberichte vorbereitet und Evaluationsverfahren für Prüfungsergebnisse erarbeitet. Im Jahr 2013 hat der Rechnungshof auch von seinem verfassungsgemäßen Recht Gebrauch gemacht, Strafverfahren in der Verwaltung gegen Einzelpersonen und Einrichtungen durchzuführen und verhängte Strafen bei Fehlentscheidungen in der Verwaltung. Als Vorsitzender

der nationalen Finanzkontrolle führte der Rechnungshof auch gemeinsame Prüfungen mit anderen Finanzkontrollbehörden durch.

Der Rechnungshof wird seine Arbeit zur Aufdeckung und Bekämpfung von Korruption fortzusetzen.

Wenn Sie mehr über die Tätigkeit des Rechnungshofes erfahren möchten, kontaktieren Sie ihn unter: DICT@cgr.gov.ve. Den Jahresbericht 2013 finden Sie unter: http://www.cgr.gob.ve/site_informes_management.php?Cod=026

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Venezuela:

E-Mail: ccontraloriavenezuela@gmail.com
Website: <http://www.cgr.gob.ve>

Vereinigtes Königreich

NAO: Prüfungsermittlungen zur Korruptionsbekämpfung / Aufdeckung von Dienstvergehen und Straftaten durch den NAO

Im Vereinigten Königreich werden öffentliche Dienstleistungen zunehmend durch Private und sonstige Dritte angeboten. Einige davon nutzen neue und innovative Ansätze, die zum Teil viele Vorteile bieten, aber auch neue Risiken hinsichtlich der Qualität der Dienstleistungen, der finanziellen Integrität und eines eventuellen Ausfalls des Dienstleisters schaffen.

Nach der Überprüfung von schwerwiegenden Fällen von Fehlverhalten und Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Steuerzahlermitteln, entwickelt der Rechnungshof des Vereinigten Königreichs eigene Ermittlungskapazitäten, um erkenntnisgestützte Antworten auf Anschuldigungen oder Fehlverhalten im öffentlichen Sektor zu geben. Fehlverhalten kann viele

Formen annehmen – kriminelle Aktivitäten, absichtliche Misswirtschaft oder Verhaltensweisen, die weit hinter den Erwartungen der Steuerzahler zurückbleiben.

Bei der Frage nach geeigneten Untersuchungsgegenständen greift der Rechnungshof auf ein breites Spektrum an Informationen aus seinen gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen zurück sowie auf unabhängige Medien und Interessenträger. Öffentlichkeit und Parlament zeigen ihre Besorgnis zunehmend in Form von Anfragen und anonymen Verdachtsmeldungen. Der Rechnungshof analysiert auch Daten aus Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, um potenzielle Risiken bei öffentlichen Dienstleistungen zu erkennen.

Die Ermittlungen gehen auf Anfragen zurück und die dabei dargelegten Fakten werden überprüft. Ergebnisse der Ermittlungen können z. B. veröffentlichte Berichte sein, die dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt werden, oder Mitteilungen an die Leitung oder den jeweiligen Prüfungsausschuss; in manchen Fällen kommt der Rechnungshof zu dem Schluss, dass kein Fehlverhalten nachzuweisen ist. Gegebenenfalls gibt der Rechnungshof Nachweise über mutmaßliches Fehlverhalten an die zuständige Ermittlungsbehörde weiter.

Die erste Prüfung dieser Art befasste sich mit „Vertraulichkeitsvereinbarungen und spezielle Abfindungen“, deren Ergebnisse im Juni 2013 veröffentlicht wurden. Der Bericht konzentrierte sich auf die Frage, wie der öffentliche Sektor mit Vergleichen bei der Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen umgeht und ob sie eingesetzt werden, um die Mitarbeiter davon abzuhalten, über Dinge von öffentlichem Interesse zu sprechen, oder ein Fehlverhalten von Einzelnen oder der Organisation zu

vertuschen. Weitere Informationen sind erhältlich unter: <http://www.nao.org.uk/report/confidentiality-clauses-and-special-severance-payments/>

Bis zum heutigen Zeitpunkt hat der NAO 20 Berichte aus dem neuen Programm erstellt und der Rechnungsprüfungsausschuss hat sieben Sitzungen dazu abgehalten. Dabei ging es unter anderem um den Bericht über die Verträge des Justizministeriums zur elektronischen Überwachung. Dabei war festgestellt worden, dass der Anbieter dem Ministerium nicht nur über Monate, sondern Jahre hinweg, Dienste in Rechnung gestellt hatte, nachdem die Aktivitäten der elektronischen Überwachung längst eingestellt worden waren. Diese Kosten erstreckten sich auf Zeiten, in denen gar keine Überwachung stattgefunden hatte und wurden mehrmals auf dieselbe Einzelperson abgerechnet. Weitere Informationen sind erhältlich unter: <http://www.nao.org.uk/report/the-ministry-of-justices-electronic-monitoring-contracts/>

Die Prüfungstätigkeit des NAO auf diesem Gebiet wird weiter gestärkt und der Rechnungshof plant für die Jahre 2014-15 hier einen Ausbau seiner Sachkompetenzen. Der Fokus des Jahres 2014 wird auf dem Erkennen von gefährdeten Bereichen sein, bevor der Vorwurf eines Fehlverhaltens konkret geäußert wird. So könnte der Rechnungshof seine Bemühungen mehr auf strategisch wichtige Bereiche konzentrieren und Risiken schneller erkennen.

Weitere Informationen zu den Untersuchungen, einschließlich einer Liste der veröffentlichten Ausgaben, sind erhältlich unter: <http://www.nao.org.uk/about-us/what-we-do/investigations/>

Weitere Informationen sind erhältlich bei:

E-Mail: paul.oliffe@nao.gsi.gov.uk,
kirsten.payne@nao.gsi.gov.uk
Website: <http://www.nao.org.uk/about-us/what-we-do/investigations>

Zypern

Neuer Leiter beim Rechnungshof von Zypern

Am 11. April 2014 wurde Dr. Odysseas Ph. Michaelides vom Präsidenten der Republik Zypern zum neuen Leiter des Rechnungshofes ernannt.

Er wurde 1968 in Nicosia geboren. 1986 schloss er das Acropolis-Gymnasium ab und diente zwei Jahre in der Armee. Er beendete sein Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Universität Athen 1993 durch ein Diplom mit Auszeichnung. 1997 promovierte er summa cum laude und absolvierte ein Studium der Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften an der Universität von Athen, das er 2004 erfolgreich abschloss.



Dr. Odysseas Ph. Michaelides

1998 wurde Dr. Michaelides Prüfer in der Innenrevision des Bau- und Verkehrsministeriums und im Juni 2010 zum Prüfungsgebietsleiter ernannt. In dieser Zeit befasste er sich mit öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen, der Prüfung von Forderungen beauftragter Firmen sowie mit sonstigen Prüfungstätigkeiten.

Als Spezialist in seinem Fach lehrte er an der Universität von Zypern.

Er ist Mitglied der ETEK (Technische Kammer Zyperns) und der FEANI (Europäische Föderation Nationaler Ingenieurverbände). Von 2006 bis 2011 war er Mitglied in der Ausschreibungskommission beim Bau- und Verkehrsministerium und von 2009 bis 2014 Mitglied des Zentralen Ausschusses für Auftragsänderungen und Forderungen. Im Februar 2012 ist Dr. Michaelides vom Ministerrat zum Mitglied des Darlehensfonds ernannt worden. Diese Funktion hatte er bis Januar 2014 inne, danach ernannte ihn der Ministerrat zum Vorsitzenden des Rates für Registrierung und Kontrolle der Auftragnehmer. Im Juli 2013 wurde er vom Ministerrat zum Mitglied des Verhandlungsteams für die Kopfstation für Erdgasverflüssigung ernannt.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Zypern:

E-Mail: cao@audit.gov.cy
 Website: <http://www.audit.gov.cy>

Prüfung des Projekts „IT-gestütztes Gesundheitswesen (eHealth Project)“

von Maja Hmelak, Maša Železnik M.Sc, Rechnungshof der Republik Slowenien

Die Umstellung auf IT-gestützte öffentliche Dienstleistungen führt zu bedeutenden Investitionen. Dementsprechend finden Mängel und Pannen bei der Umsetzung solcher Projekte hohe Beachtung in der Öffentlichkeit und bei den Medien. 2013 erschienen Meldungen über IT-Projekte sogar in den globalen Medien: In den USA führte der Ausbau von IT-Systemen für die Verwaltung der Arbeitslosenunterstützung in Florida, Pennsylvania, Kalifornien und Massachusetts dazu, dass Hunderttausende Arbeitslose keine Unterstützung erhielten. Ebenfalls in den USA funktionierte die Internetplattform zur Unterstützung des Vollzugs des Gesetzes über erleichterten Zugang zur Krankenversicherung (Affordable Care Act) nicht effizient, in Australien kam es bei der Gesundheitsbehörde Queensland zu Problemen bei der Gehaltsabrechnung, wodurch Tausende Mitarbeiter unter-, über- oder überhaupt nicht bezahlt wurden. Die Erwartungen der Öffentlichkeit an IT-Projekte sind hoch, aber selbst bei den bestgeplanten Projekten bestehen zahlreiche Risiken, so dass sich Störungen oder Komplettausfälle nicht vermeiden lassen.

Wie andere Länder hat auch die Republik Slowenien Probleme mit öffentlichen IT-Systemen. Da der Rechnungshof die oberste Instanz für die Prüfung der Jahresrechnung, des Staatshaushalts und aller öffentlichen Ausgaben ist, hat er eine Reihe von Wirtschaftlichkeitsprüfungen im IT-Bereich durchgeführt. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der IT-Systeme, wobei die vom Rechnungshof unabhängigen Bewertungen und Analysen der IT-Unterstützung Bereiche des öffentlichen Dienstes wie Steuer- und Zollverwaltung, öffentliches Gesundheitswesen, Agrarpolitik und Sozialleistungen abdeckten. Zum Teil in mehreren Fällen dienten die Prüfungsfeststellungen als Grundlage für Entscheidungen über die künftige Entwicklung und Aufgabenerfüllung im öffentlichen Dienst.

Das eHealth-Projekt in der Republik Slowenien

Während viele Fehlschläge von IT-Projekten in der letzten Zeit starke öffentliche Beachtung fanden, wurde eines der größten IT-Projekte Sloweniens in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Ziel des vom Gesundheitsministerium initiierten Projekts war die Modernisierung aller Bereiche des Gesundheitswesens mittels einer Anzahl neuer, miteinander verknüpfter IT-Lösungen. Vorgesehen waren 1) der Anschluss Tausender Mediziner an ein sicheres Kommunikationsnetz, 2) die Standardisierung und Bündelung des Austauschs von Patientenakten und Dokumentation, 3) die Eröffnung neuer Kommunikationswege für Patienten und Mediziner und 4) die Einführung fortschrittlicher Wissensdatenbanken für den medizinischen Bereich sowie Mechanismen zur Unterstützung der Entscheidungsfindung.

Offiziell begann das Projekt im Jahr 2005, jedoch wurde die Planung erst 2009 abgeschlossen. Geplant war die schrittweise Einführung neuer IT-Lösungen bis einschließlich 2015. Die Kosten für Entwicklung, Einführung und anfänglicher Unterstützung dieser IT-Lösungen wurden auf 67,5 Millionen Euro geschätzt. Für Verbesserungen bzw. neue Versionen waren bis Ende 2023 zusätzliche 65,5 Millionen Euro veranschlagt.

Bis Mitte 2012 waren keine der vorgegebenen Projektmeilensteine erreicht. Der Rechnungshof beschloss eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des eHealth-Projekts zur Ursachenermittlung für die Terminüberschreitungen und des Risikos, dass das Projekt innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens nicht den erwarteten Nutzen erbringen würde.

Prüfungsansatz

Um zu klären, ob das Ministerium das Projekt wirksam verwaltet hatte, war zu berücksichtigen, dass das Projekt zum Zeitpunkt der Prüfung noch nicht abgeschlossen war, so dass ein individueller Prüfungsansatz zu entwickeln war.

IT-Großprojekte erfolgen häufig entsprechend international anerkannter Leitlinien, auf deren Grundlage ein praktischer Ansatz für eine Wirtschaftlichkeitsprüfung (im weitesten Sinne) entwickelt werden kann. Das Ministerium hatte jedoch Projektplanung und -management keinerlei formalisierte Normen zugrunde gelegt, weshalb sich der Rechnungshof auf nur vier Bereiche des Projektmanagements konzentrierte: 1) Projektkinhalt, 2) Projektorganisation und Personalwirtschaft, 3) Termineinhaltung und 4) Bewirtschaftung der Projektmittel.

Problemstellungen

Das eHealth-Projekt wurde inhaltlich mehrfach geändert und nur begrenzt dokumentiert. Also bestand weder über den Projektumfang noch die angestrebten Ergebnisse (der einzelnen IT-Lösungen) Klarheit.

Bis Ende 2012 hatte das Ministerium mindestens 8,8 Millionen Euro für das Projekt verausgabt. Wegen der mangelhaften Projekttransparenz konnte der Rechnungshof die Beschaffungen von Hardware, Software und Dienstleistungen nicht eindeutig einzelnen Projektanforderungen zuordnen. Dies erschwerte die Feststellung, inwieweit die Beschaffungen gerechtfertigt waren.

Der Projektablauf wurde von verschiedenen Projektmanagern geleitet, aber weder deren Befugnisse noch diejenigen anderer Interessenträger waren klar festgelegt. In mehreren Fällen ließ sich nicht feststellen, wer weitgehende inhaltliche Änderungen genehmigt hatte. Die Projekttransparenz wurde durch eine uneinheitliche Aktualisierung und mangelnde Systematisierung der Dokumentation weiter verringert. Die Dokumentation lag häufig in unterschiedlichen, nicht miteinander kompatiblen Fassungen vor, weshalb es sich als äußerst schwierig erwies, zuverlässige Informationen über zurückliegende Vorgänge zu gewinnen.

Um etwas Ordnung in das Chaos zu bringen, bemühte sich der Rechnungshof um Zusammenführung der verstreuten und widersprüchlichen Informationen zum Projektstand, so dass ein klares, übersichtliches Bild gewonnen werden konnte. Unvollständige Projektdokumentation birgt immer das Risiko, dass bedeutende Unregelmäßigkeiten unerkannt bleiben und nicht aufgedeckt werden. Zur Verringerung dieses Risikos sichtete der Rechnungshof mehrere hundert Dokumente aus verschiedenen (nicht notwendigerweise auf das eHealth-Projekt bezogenen) Aktenbeständen, um möglichst viele Informationen zu gewinnen. Außerdem wurde die Anzahl der Stichproben aller Zahlungsvorgänge erhöht, so dass teilweise alle Zahlungen aus einem bestimmten Bereich des Projekts geprüft wurden.

Prüfungsergebnisse

Der Rechnungshof stellte fest, dass das Ministerium im Zeitraum Januar 2004 bis September 2013 das eHealth-Projekt nicht wirksam verwaltet hatte. Zwar war es dem Ministerium gelungen, die größten Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens zu vernetzen, es führte jedoch keine der ursprünglich geplanten IT-Lösungen ein und entwickelte auch keine standardisierten Patientenakten. Insgesamt ermöglichte das Ministerium nur zehn (von hunderten) Medizinerinnen den digitalen Austausch von Patientenakten. Daher kam der Rechnungshof zu dem Schluss, dass keiner der ursprünglich geplanten Projektmeilensteine und Termine erreicht bzw. eingehalten wurde.

Der Rechnungshof stellte außerdem fest, dass das Projekt vor 2013 nicht gut organisiert war. Da zahlreiche externe Berater eingesetzt wurden, war häufig unklar, wer Mitglied des Projektteams war und auch die Aufgaben der Beteiligten waren nicht klar festgelegt. Da die Befugnisse verschiedener Projektbeteiligter nicht genau vorgegeben waren, verringerte dies ihre persönliche Verantwortlichkeit.

Dadurch wurde wiederum der Überblick über die Projektausgaben beeinträchtigt. So beschaffte das Ministerium z. B. Hardware und Software, brachte diese jedoch zwei Jahre lang nicht zum Einsatz. Trotzdem zahlte das Ministerium für deren Pflege und Betreuung sowie für zahlreiche externe Berater, deren Beitrag zum Projekt sich häufig nicht spezifizieren ließ. Das Ministerium finanzierte u. a. eine Softwarelösung, welche bis dahin nur von zwei Einrichtungen des Gesundheitswesens eingeführt (und dann verworfen) wurde sowie Softwarelösungen mit sich überschneidenden Funktionen. Es zahlte sogar für Verbesserungen bereits vorhandener Lösungen, die Eigentum von Wirtschaftsunternehmen waren und für die die Gesundheitsdienstleister bereits Lizenz- und Wartungsgebühren entrichteten. Da das Ministerium das eHealth-Projekt hauptsächlich mit den technischen Mängeln dieser Lösungen begründete, erschienen Investitionen in deren Verbesserung für das Projekt nicht zielführend.

Gewonnene Erkenntnisse

Wenn auch die Aufsicht über IT-Vorhaben von Land zu Land unterschiedlich ist, ist es empfehlenswert, bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen in diesem Bereich folgende Prüfungsrisiken zu berücksichtigen:

Die Feststellung, wer die Federführung für ein Projekt hat, kann sich als schwierig erweisen, weil die Zielrichtung jedes Projekts stark von der Organisation des betreffenden Ressorts abhängt. Projektorganisation sowie Befugnisse und Zuständigkeiten der Projektbeteiligten sollten in der Projektdokumentation festgehalten werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass sich die Organisation eines Ressorts nach einer Geschäftsordnung und internen Verwaltungsvorschriften richtet.

Eine mangelhafte Projektdokumentation könnte die Ermittlung der Projektbeteiligten und des Projektumfangs erschweren. Ein Ministerium führt seine Akten nach amtlichen Vorgaben, die für ein effizientes Projektmanagement möglicherweise nicht zielführend sind.

Wurde das Projekt aus mehreren Quellen finanziert, kann sich die Berechnung der Gesamtkosten als schwierig und zeitaufwendig erweisen.

Bei zahlreichen Auftragnehmern und mangelhaften Verträgen ist die Festlegung der Aufgaben bei der Projektdurchführung nicht immer schlüssig.

Die Begriffe im Bereich IT-Unterstützung sind oft vage. Fehlen klare und eindeutige Definitionen aller Projektkomponenten, kann es schwierig sein festzustellen, ob bei einzelnen Aufgaben die Zielvorgaben erreicht wurden.

Abschließende Feststellung

Das Ministerium hat 2013 den geplanten Umfang des eHealth-Projekts reduziert. Es hat die Projektorganisation, Aufgabenüberwachung und Aufteilung der Verantwortung innerhalb des Projektteams verbessert. Jedoch ist immer noch nicht klar, ob das Projekt den erwarteten Nutzen haben wird. Der Rechnungshof wird die weitere Entwicklung beobachten.

Dieser Artikel stützt sich auf eine Präsentation von Dr. Seongjun Kim, Referatsleiter beim koreanischen Rechnungshof. Der Vortrag wurde bei einer durch die Weltbank geförderten Video-Konferenz am 15. April 2014 vor Vertretern aus Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, der Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka gehalten.

“Side by Side with People”: Korea’s Experiences on Participatory Auditing

von Dr. Seongjun Kim, Referatsleiter beim koreanischen Rechnungshof

Der koreanische Rechnungshof nutzt verschiedene Formen der Zusammenarbeit mit dem Bürger und nimmt Beschwerden, Eingaben, Prüfungsbitten und Hinweise auf Betrugsfälle oder Mittelverschwendung entgegen. Darüber hinaus gewährt er durch Veröffentlichung sämtlicher Berichte via Internet Einblick in seine Arbeit. Nachfolgend wird zunächst das Verfahren zur Eingabe von Prüfungsbitten im öffentlichen Interesse vorgestellt (*engl. Audit Request for Public Interests – ARPI*) und danach – vor dem Hintergrund der Erfahrungen des koreanischen Rechnungshofs als bürgernahe Institution – die Themen „Wert und Nutzen von Prüfungen mit Einbindung der Bürger“, „Risiken und Risikosteuerung“ sowie „Bisherige Erfahrungen und künftige Aufgaben“ näher erörtert.

Eingabe von Prüfungsbitten im öffentlichen Interesse

Das Verfahren wurde im Jahr 1996 gemäß den internen Regularien des Rechnungshofes eingeführt. Bei diesem Verfahren werden Prüfungsbitten von zivilgesellschaftlichen Stellen mit mehr als 300 Mitgliedern oder Initiativen von mindestens 300 Bürgern aufgegriffen, sofern diese im öffentlichen Interesse liegen.

Mit dem neuen Korruptionsbekämpfungsgesetz wurde 2002 die Rechtsgrundlage für eine weitere Bürgerbeteiligung geschaffen, dem *Citizen Audit Request (CAR)*.

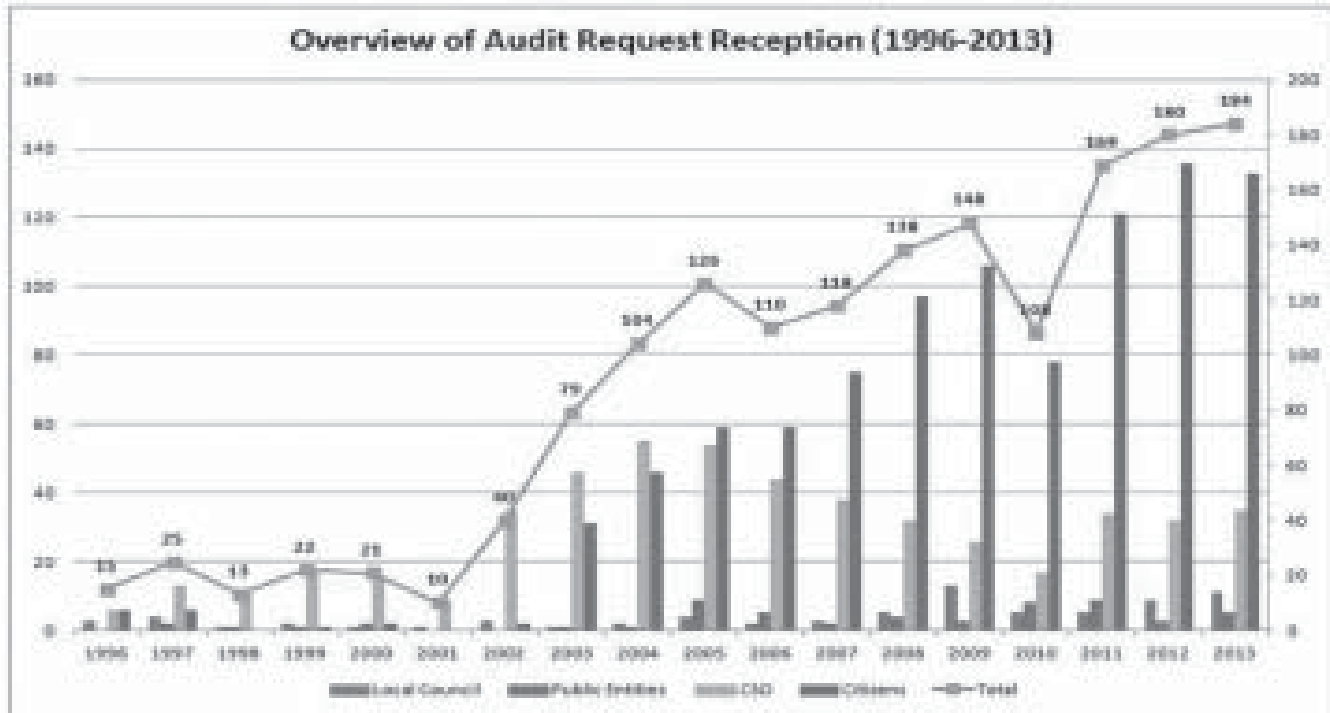
ARPI ist jedoch das weitaus häufiger genutzte Verfahren, da dieses gegenüber CAR einen größeren Berechtigtenkreis und Prüfungsumfang sowie längere Fristen für die Prüfungsberichterstattung vorsieht. Um die Eingabe für Bürger weiter zu vereinfachen, sollen beide Verfahren zusammengeführt werden.

	ARPI	CAR
Berechtigtenkreis	<ul style="list-style-type: none"> - mehr als 300 Bürger - zivilgesellschaftliche Stellen mit mehr als 300 Mitgliedern - Leiter staatlicher Stellen - Gemeinderäte 	<ul style="list-style-type: none"> - mehr als 300 Bürger
Prüfungsgegenstand (Anlass)	<ul style="list-style-type: none"> - illegale Handlungen/Korruption - zweckwidrige Verwendung von Haushaltsmitteln - Missmanagement - Optimierungspotenzial - öffentliches Interesse 	<ul style="list-style-type: none"> - illegale Handlungen/Korruption
Ausgenommene Prüfungsgegenstände	<ul style="list-style-type: none"> - Gegenstände laufender Ermittlungen - persönliche Angelegenheiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Gegenstände laufender Ermittlungen - persönliche Angelegenheiten - Kommunalangelegenheiten

Wert und Nutzen von Prüfungen unter Einbeziehung der Bürger

(1) Aktive Einbindung der Bürger in das Prüfungsverfahren und ein Mehr an Basisdemokratie

Die nachstehende Grafik zeigt den sprunghaften Anstieg der Prüfungsanfragen zwischen 1996 und 2013:



Die meisten Prüfungsbiten (59,5 %) wurden von einzelnen Bürgern eingereicht, die jedoch im Vergleich zu denjenigen der übrigen Eingabeberechtigten nur selten weiterverfolgt wurden (nämlich in nur 28 % der Fälle).

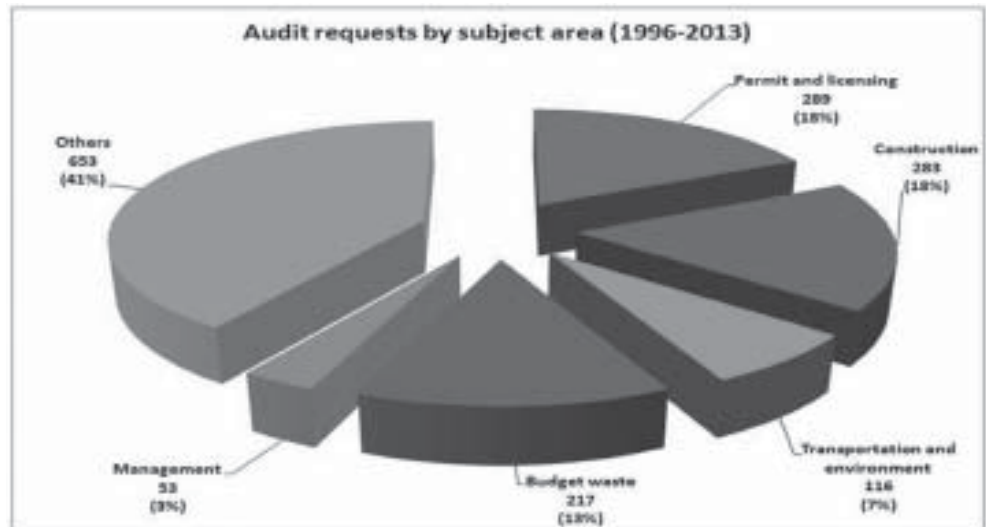
An zweiter Stelle (32,3 %) rangieren zivilgesellschaftliche Einrichtungen. Die Quote der weiterverfolgten Prüfungsbiten lag hier bei 40 %, also etwa zwölf Prozentpunkte höher als bei der Gruppe der Bürger. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen spielen als Sprachrohr der Bürger sowie als Überwachungsinstanz in der Gesellschaft eine bedeutende Rolle.

Der koreanische Rechnungshof wurde darüber hinaus regelmäßig von Gemeinderäten, die verglichen mit der Zentralregierung ein wesentlich engeres Aufgabenspektrum haben, um Wirtschaftlichkeitsprüfungen in den Kommunen gebeten.

(2) Umgang mit den Bedürfnissen und Sorgen der Bürger

Wie aus der folgenden Grafik hervorgeht, haben 43 % der Prüfungsbiten einen konkreten lebensnahen Bezug: Genehmigungen und Bewilligungen, Bauangelegenheiten, Verkehr und Umwelt. Dies zeigt, dass sich der Gegenstand der Prüfungsbiten überwiegend am Bürgerinteresse orientiert und diese Prüfungsform

damit ein geeignetes Instrument zur Einbindung des Bürgers in das Prüfungsgeschehen darstellt.



Beispiele für umgesetzte Prüfungsbiten

- ☒ Die Kommune Haman genehmigte unter Missachtung von Umweltbelangen ein viel zu groß angelegtes Wohnungsbauprojekt, das bei betroffenen Anliegern die Befürchtung aufwarf, dass sich das Wohnumfeld verschlechtern könnte. Daher baten diese den Rechnungshof um Prüfung. Dieser stellte fest, dass die für die Baugenehmigung zuständigen Stellen gegen geltendes Recht verstoßen hatten. Der Rechnungshof leitete schließlich entsprechende Disziplinarmaßnahmen ein.
- ☒ Nach Abschluss überteuerter Abonnementverträge ohne Einwilligung wandten sich Kunden einer Telefongesellschaft mit der Bitte um Prüfung an den Rechnungshof. Dieser stellte fest, dass es mehr als zwei Millionen Fälle dieser Art gab und dass es die zuständige Aufsichtsbehörde versäumt hatte, diese rechtswidrige Praxis zu unterbinden. Der Rechnungshof kritisierte die mangelhafte Wahrnehmung der Aufsichtspflicht und belegte die Telefongesellschaft mit einer Geldstrafe. Die Kunden wurden zudem finanziell voll entschädigt.

(3) Optimierung der öffentlichen Verwaltung

Etwa 64 % der Prüfungsbiten führten zu spürbaren Verbesserungen in der öffentlichen Verwaltung, was als Beleg dafür dienen kann, dass Prüfungen unter aktiver Beteiligung der Bürger einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung von Transparenz und Objektivität des Verwaltungshandelns leisten. Insgesamt betrachtet hat sich die Wahrscheinlichkeit, dass Fehlverhalten und Misswirtschaft einer staatlichen Stelle aufgedeckt werden, beträchtlich erhöht. Der präventive Effekt, der sich durch die Einbeziehung der Bürger einstellt, sollte die anfallenden Kosten aufwiegen.

Beispiele für umgesetzte Prüfungsbitten

Die Kommune Eumseong übernahm die Bürgerschaft für eine mit dem Bau eines großen Industriekomplexes betraute Entwicklerfirma. In der Sorge, dass die Kommune bei Ausfall der Firma zahlungsunfähig werden könnte, baten die Bürger den Rechnungshof um Prüfung. Dieser kam zu dem Schluss, dass die Gewährung der Bürgerschaft nicht ordnungsgemäß erfolgt war und verhängte gegenüber den verantwortlichen Stellen Disziplinarstrafen.

Eine Bürgerinitiative bat um Prüfung von Zuwendungen der Stadtverwaltung von Masan, die einem Unternehmen im Rahmen des Projekts zur Wasserrückgewinnung gewährt worden waren. Der Rechnungshof stellte fest, dass weit überhöhte Zuwendungen geflossen waren und empfahl, wegen der zu viel gezahlten Beträge eine Entschädigung zu fordern und disziplinarisch gegen das Fehlverhalten der Verantwortlichen vorzugehen.

Risiken und Risikosteuerung

Die Einbindung der Bürger in die Prüfungsverfahren ist mit Risiken verbunden. Daher stellt sich die Frage nach den entsprechenden Kosten zur Steuerung dieser Risiken. In diesem Zusammenhang sind insbesondere folgende Risikofelder zu nennen:

(1) Zweifelhafte Zielsetzung von Prüfungsbitten

Während Prüfungsbitten mit steigendem Bürgerinteresse am Verwaltungshandeln an Bedeutung gewinnen, ist bisweilen festzustellen, dass diese nicht im öffentlichen Interesse eingereicht werden, sondern eher persönlich motiviert sind, was nicht mit der Zielsetzung solcher Prüfungen vereinbar ist.

Damit derartige Prüfungsbitten vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden können, hat der Rechnungshof (u. a.):

- die Kriterien für Prüfungsbitten verschärft,
- eine strengere Auslegung des Kriteriums „Öffentliches Interesse“ vorgegeben und
- ein Gremium zur Überprüfung von Prüfungsbitten eingesetzt.

Eine Prüfungsbitte ist nur dann zulässig, wenn sie von mehr als 300 Bürgern eingereicht wurde. Um sicherzustellen, dass diese Zahl auch tatsächlich erreicht ist, sind die Unterzeichner zur Offenlegung ihrer Identität verpflichtet (Adresse, Geburtsdatum oder Kontaktdaten). Zudem wurde das wichtige Auswahlkriterium des öffentlichen Interesses überarbeitet, das nun Bezug nimmt auf das „Wohl der Allgemeinheit und der gesamten Gesellschaft, nicht einer Einzelperson oder bestimmter Gruppen“.

(2) Politisch motivierte Prüfungsbitten

Gemeinderäte und Leiter kommunaler Stellen nutzen Prüfungsbitten nicht selten, um eigene politische Ziele zu verfolgen. So kann eine Prüfung durch den Rechnungshof zu Angriffen und Demütigungen politischer Gegner missbraucht werden. Regelmäßig ist zu beobachten, dass die Zahl politisch motivierter Prüfungsbitten im Jahr vor einer Kommunalwahl steigt.

Prüfungsbitten werden daher zur Wahrung politischer Neutralität erst nach eingehender Prüfung des Einzelfalls durch das Gremium zur Überprüfung von Prüfungsbitten angenommen, dem ein externer Sachverständiger vorsitzt. Dieses Gremium stellt sicher, dass die Entscheidung des Rechnungshofs für oder gegen die Annahme einer Prüfungsbitte politisch unabhängig getroffen wird.

Bisherige Erfahrungen und künftige Aufgaben

Die Erfahrung des koreanischen Rechnungshofs zeigt, dass die Risiken von Prüfungen unter Einbindung der Bürger zu angemessenen Kosten steuerbar sind und zudem der hieraus gezogene Nutzen beträchtlich ist. In anderen Ländern kann sich dies natürlich anders darstellen und auch die Schwerpunktsetzung bei der Ressourcenzuteilung kann je nach Prüfungsauftrag, Prüfungskonzept, Prüfungsansatz und Prüfungsumgebung variieren. Die Erfolgsfaktoren für Prüfungen mit Bürgerbeteiligung sind folgende:

Sound legal frameworks should be in place to ensure continued operation,
Geeigneter Rechtsrahmen – zur Sicherstellung der Mittelausstattung,
Prüfungstätigkeit und besseren öffentlichen Wahrnehmung

Unterstützung und Priorisierung durch die Leitung des Rechnungshofes – zur
Motivierung des Prüfungspersonals

Verbessertes Eingabesystem – zur Erleichterung der aktiven Beteiligung seitens
der Bürger sollten Prüfungsbitten beispielsweise online über ein Berichtssystem
für betrügerische Handlungen, eine gebührenfreie Hotline und eine Stelle für
Bürgereingaben und -beschwerden eingereicht werden können

Potenzielle Risiken der Bürgerbeteiligung sollten bereits im Vorfeld ausgeschaltet
werden

Strengere Verhaltensanforderungen an Prüfer – zum Ausschluss von
Prüfungsbitten, die durch persönliche Interessen motiviert sind

Enge Zusammenarbeit mit der Innenrevision kommunaler Stellen und anderer
Dienstleister – zur Beschleunigung des Gesamtverfahrens

Personell gut aufgestellte zivilgesellschaftliche Einrichtungen, die im öffentlichen
Interesse handeln

Trotz der bislang sehr positiven Erfahrungen ist dies eine neue Prüfungsform, die
fortlaufend weiterentwickelt wird. In Zukunft stehen insbesondere folgende Aufgaben
an:

Ausschluss persönlicher Interessen bei Einbindung von Bürgern in die staatliche
Finanzkontrolle

Schaffung der Rechtsgrundlagen für unterschiedliche bürgernahe
Prüfungsinitiativen

Eingehende und zuverlässige Messung von Wert und Nutzen bzw. Förderung
dieser Prüfungsbitten

*Weitere Informationen zu diesem Thema sind erhältlich unter <http://www.bai.go.kr> bzw
E-Mail: koreasai@korea.kr.*

22. Konferenz der Leiter der ORKB der Commonwealth-Staaten

Von Brian Vella, Assistant Auditor General, Rechnungshof von Malta

Der Rechnungshof von Malta war Gastgeber der 22. Konferenz der Commonwealth Auditors General vom 24. bis 27. März 2014. Thema der Konferenz war die „Sicherung der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe zur Steigerung der Wirksamkeit der Berichterstattung und der Übermittlung von Prüfungsfeststellungen“. Es nahmen 87 Vertreter aus 35 Commonwealth-Staaten teil. Das Konferenzthema wurde in zwei Unterthemen behandelt:

1. Wirksame Berichterstattung durch Sicherung der Unabhängigkeit der ORKB
2. Wirksame Prüfungsberichterstattung an wichtige Zielgruppen



Teilnehmer der Commonwealth Auditors General Konferenz in Malta.

Die Konferenz wurde vom früheren maltesischen Präsidenten S.E. Dr. George Abela eröffnet, der betonte, der Rechnungshof sei einer der Eckpfeiler einer gesunden Demokratie. Rechnungshöfe seien Schnittstellen in den oft komplexen Beziehungen zwischen Parlament und Regierung einerseits sowie Staat und Bürgern andererseits.

Der Leiter der ORKB von Malta, Anthony C. Mifsud, teilte mit, im Jahr 2014 werde das zweihundertjährige Bestehen der staatlichen Finanzkontrolle in Malta gefeiert. Er beschrieb den Werdegang der Finanzkontrolle insbesondere seit der 1997 erfolgten Umwandlung der Prüfungsabteilung in den Nationalen Rechnungshof.

Weiterhin bezeichnete Mifsud es als großen Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen der Commonwealth Auditors General, dass in dem von den Regierungschefs des Commonwealth am Ende ihrer Konferenz 2013 in Sri Lanka veröffentlichten Kommunikee die Bedeutung einer starken und unabhängigen Finanzkontrolle und ebensolcher Rechnungsprüfungsausschüsse wie folgt bekräftigt wurde:

Rechnungshöfe

45. Die Regierungschefs haben anerkannt, dass starke, angemessen ausgestattete und unabhängige Rechnungshöfe einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz, Rechenschaftslegung und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Mittelverwendung leisten.

Rechnungsprüfungsausschüsse

46. Weiterhin bekräftigten die Regierungschefs die bedeutende Rolle einer starken und unabhängigen parlamentarischen Kontrolle durch wirksame, unabhängige und transparente Rechnungsprüfungsausschüsse zur Erhaltung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität der Regierung.

Sicherung der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe zwecks Steigerung der Wirksamkeit der Berichterstattung und der Übermittlung von Prüfungsfeststellungen

Brian Vella führte in das Konferenzthema ein, welches drei miteinander verknüpfte Bereiche betreffe: 1) Unabhängigkeit der Rechnungshöfe, 2) Berichterstattung der Rechnungshöfe und 3) Weitergabe der Prüfungsberichte. Vella verwies auf die folgenden Dokumente:

die Deklaration von Lima über die Leitlinien der Finanzkontrolle, die beim IX. INCOSAI in Lima verabschiedet wurde und

die acht Hauptgrundsätze der Deklaration von Mexiko zur Unabhängigkeit der ORKB, die vom XIX. INCOSAI 2007 beschlossen wurde.

Außerdem zitierte Vella die Resolution der VN von 2011 zur Unabhängigkeit der ORKB, mit der anerkannt wurde, dass die Rechnungshöfe ihre Aufgaben nur dann objektiv und wirksam wahrnehmen können, wenn sie von der geprüften Stelle unabhängig und vor der Einflussnahme von außen geschützt sind.

Beim ersten Unterthema „Wirksame Berichterstattung durch Sicherung der Unabhängigkeit der ORKB“ führte Thembekile Makwetu (Südafrika) den Vorsitz. Das Grundsatzpapier stellte Amyas Morse (Vereinigtes Königreich) vor und die Rechnungshöfe von Kanada, Lesotho, Neuseeland und Sambia trugen Präsentationen vor.

Schwerpunkt der Diskussionen waren einige der nach Meinung der Delegierten wichtigsten Beeinträchtigungen der Unabhängigkeit, insbesondere die fehlende Verfügungsgewalt über finanzielle und personelle Mittel sowie Schwächen der parlamentarischen Kontrolle bei der Durchsetzung der Rechenschaftspflicht der Regierung

Die Diskussion dieses Unterthemas ergab, dass die Unabhängigkeit der Rechnungshöfe kein Selbstzweck ist und ihre Sicherung weiterer Anstrengungen bedarf. Die Unabhängigkeit wird vom Gesetzgeber verliehen und dann vom Rechnungshof umgesetzt, gefördert und bewahrt.

Es scheint, dass die meisten Commonwealth-Staaten die Grundprinzipien der Unabhängigkeit des Rechnungshofes einhalten, wobei diese verfassungsrechtlich und einfachgesetzlich verankert sind. In der Praxis ist die Unabhängigkeit in vielen Staaten jedoch begrenzt. Innerhalb der Commonwealth-Staaten hat es den Anschein, dass verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Garantien sich vorrangig auf den Schutz der Rechnungshofleitung beziehen und nicht auf das Personal des Rechnungshofes insgesamt. In vielen Staaten ist die Unabhängigkeit dadurch beschränkt, dass die Rechnungshöfe keine eigenständigen Befugnisse im Bereich Personalverwaltung, u. a. zur Einstellung von Bediensteten haben, ihr Haushalt vom Finanzministerium festgelegt wird bzw. sie die Ergebnisse ihrer Arbeit nicht innerhalb angemessener Fristen veröffentlichen können.

Es stellen sich viele neue Fragen zum Grad der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe und ihrer Fähigkeit, gegenüber Parlament und Bürgerinnen und Bürgern sichere Aussagen über die Zuverlässigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung treffen zu können. So stellt sich z.B. die Frage, inwieweit Rechnungshöfe befugt sind, private Vertragspartner des Staates unmittelbar zu prüfen (z. B. bei öffentlich-privaten Partnerschaften oder bei Leistung öffentlicher Dienste durch private Auftragnehmer). Außerdem haben im Zuge der Bewältigung der Finanzkrise der letzten Jahre die Parlamente einiger Länder den Rat der Rechnungshöfe gesucht – auch im Sinne einer Rückversicherung – und damit anerkannt, dass die Rechnungshöfe oft als Hüter einer soliden Finanzpolitik angesehen werden. Schließlich bedeutet die Unabhängigkeit des Rechnungshofes nicht Isolation, da dies die Unabhängigkeit tatsächlich aushöhlen könnte. Stattdessen bildet die Unabhängigkeit eine Plattform, auf deren Grundlage sich die Rechnungshöfe aktiv mit dem Staatsapparat auseinandersetzen können.

Bei der Behandlung des zweiten Themas „Wirksame Übermittlung der Prüfungsfeststellungen an wichtige Zielgruppen“ führte Indien den Vorsitz. Redebeiträge zum zweiten Unterthema kamen von Australien, Bangladesch, Malaysia, den Malediven, der Vereinigten Republik Tansania und Zypern. Der Schwerpunkt der Präsentation lag auf den Herausforderungen im Zusammenhang mit gesetzlichen Berichtspflichten, der Prüfungsberichterstattung, wichtigen Zielgruppen für die Berichterstattung, Instrumenten und Techniken der Berichterstattung, Inhalt der Prüfungsberichte und der wirksamen Berichterstattung über Kontrollprüfungen. Weiterhin befasste man sich mit den rechtlichen und institutionellen Hemmnissen für die Berichterstattung, der Notwendigkeit zur Erschließung besserer Möglichkeiten zur Erreichung verschiedener Zielgruppen, der Qualität und Klarheit von Prüfungsaussagen und der Erarbeitung systematischerer Ansätze für die Nachverfolgung der Umsetzung von Empfehlungen.



Bei einem Workshop diskutieren Delegierte der Konferenz die Bemühungen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe in den Commonwealth-Staaten.

Die Diskussion zum Unterthema 2 ergab, dass die Rechnungshöfe zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit folgende vier Kommunikationselemente zu berücksichtigen haben:

Inhalt – die Berichte müssen von guter Qualität und leicht verständlich sein

Medium – es ist zu überlegen, welche Medien am besten geeignet sind zur Übermittlung von Prüfungsaussagen

Adressaten – Rechnungsprüfungsausschuss, Abgeordnete, Staats- bzw. Regierungschefs oder das Kabinett, Verwaltungsmanager bzw. einzelne Sektoren der Öffentlichkeit

Image – Außendarstellung des Rechnungshofes, so dass dieser als sichtbare, glaubwürdige, sachverständige, ehrliche und unparteiische Institution wahrgenommen wird, die gleichzeitig aber auch die legitimen Interessen der Erbringer öffentlicher Dienstleistungen und der Verwalter öffentlicher Mittel berücksichtigt

Außerdem wurde über neue Aufgaben im Bereich der Berichterstattung bzw. hinsichtlich der Beziehung zu den Adressaten gesprochen. Traditionell erfolgt die Berichterstattung durch die Übermittlung von Prüfungsergebnissen an Parlament, Exekutive und Medien. Neue Beziehungen führen zu einer verstärkten Interaktion und Kommunikation mit den geprüften Stellen, von denen einige möglicherweise erst neuerdings in die Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofes fallen. Weiterhin sind Beziehungen mit Aufsichtsbehörden zu pflegen, z. B. Regulierungsbehörden, Zentralbanken und Korruptionsbekämpfungsbehörden. All diesen Behörden ist ein Verständnis für die Arbeit der Finanzkontrolle zu vermitteln. Gleichzeitig ist der Blick auch auf mögliche gemeinsame oder miteinander zusammenhängende Interessen zu richten.

Laut Aussage der Teilnehmer findet die Kommunikation sowohl formell als auch informell statt. Die formelle Kommunikation bezieht sich auf die gesetzlich vorgeschriebene Berichterstattung über Feststellungen, Schlussfolgerungen und ggf. Empfehlungen, während die informelle Kommunikation in Form eines Meinungsaustauschs mit Regierungsbeamten über Transparenz, Integrität und Aufgabenerfüllung der Verwaltung erfolgen kann.

Weiterhin ist die Kommunikation mit externen Fachkollegen und Gebern in vielerlei Hinsicht gewinnbringend: als Möglichkeit, eigene Verfahren zu überdenken, zu hinterfragen und ggf. zu ändern (Stichwort Peer Review und Ausbau der Sachkompetenzen), Good Practices zu verbreiten und eine isolierte Stellung zu vermeiden. Im Hinblick auf die Öffentlichkeit und die Medien ist eine angemessene Kommunikation für die Rechnungshöfe ein nicht zu unterschätzender Faktor, dem entsprechend viel Bedeutung beizumessen ist. Die Öffentlichkeitsarbeit dient dem Ansehen des Rechnungshofes als wichtiges und sachkundiges Organ der staatlichen Finanzkontrolle.

Neben den Diskussionen der Konferenzthemen gab es Präsentationen zu den Themen staatliche Finanzkontrolle und Good Governance sowie den Erfahrungen der Rechnungshöfe. In einem Workshop wurde die künftige Ausrichtung der Commonwealth Auditors General thematisiert. Der indische Rechnungshof wird die nächste Konferenz 2017 ausrichten.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Konferenz-Organisationsteam unter einer der beiden E-Mail-Adressen: CAGC2014.nao@gov.mt oder nao.malta@gov.mt.



INTOSAI-

Gebergemeinschaft Kooperation

Update

Globaler Aufruf zur Einreichung von Mittelanträgen 2013

vom Sekretariat der INTOSAI-Gebergemeinschaft

Der für 2013 terminierte globale Aufruf zur Einreichung von Mittelanträgen wurde beim XXI. INCOSAI im Oktober 2013 verabschiedet. Er richtete sich an einzelne Rechnungshöfe, Regionen, Teilregionen, Komitees und Arbeitsgruppen der INTOSAI. Anders als 2011 waren beim Aufruf 2013 vor der Einreichung kompletter Mittelanträge zunächst Projektkonzepte zu erarbeiten. Der Vorteil besteht darin, dass der betreffende Rechnungshof weniger potenziell erfolglose Anstrengungen unternehmen muss, den Gebern aber bereits die notwendigen Informationen zur Bewertung und zum Vergleich von Mittelanträgen an die Hand gibt. Besteht bei den Gebern Interesse, werden die Konzepte als umfassendere Vorschläge ausgearbeitet.

Nach dem Aufruf 2013 gingen 48 Konzepte ein, von denen sich neun auf Maßnahmen von INTOSAI-Regionen und Teilregionen bezogen, vier waren global und 35 national. Es gingen Konzepte in den Sprachen Arabisch, Englisch, Französisch, Portugiesisch, Russisch und Spanisch ein, mit denen Finanzhilfen von insgesamt 57 Millionen US-Dollar beantragt wurden.

Qualität der Projektkonzepte

Insgesamt 47 Konzeptentwürfe wurden beim Sekretariat der INTOSAI-Gebergemeinschaft eingereicht, welches bis 31. Januar 2014 Stellungnahmen abgeben sollte. Mit der Unterstützung des norwegischen und schwedischen Rechnungshofes sowie von Beratern mit Erfahrung im Bereich der staatlichen Finanzkontrolle gab das Sekretariat im Februar Stellungnahmen zu allen Mittelanträgen ab. Zwar war die Qualität der Konzepte unterschiedlich, aber allgemein höher als die der 2011 eingereichten Mittelanträge. Im Zuge der Erarbeitung der Stellungnahmen wurden bei Mittelanträgen gleichartige Probleme festgestellt:

1. In der Problemanalyse wurde nicht auf den strategischen Plan des betreffenden Rechnungshofes Bezug genommen bzw. erfolgte keine Verknüpfung mit dem strategischen Plan.
2. Zweck, angestrebte Wirkungen und Ergebnisse wurden nicht auf der richtigen Ebene vorgegeben (Zweck zu allgemein und auf hoher Ebene, Wirkung auf der Ergebnis-Ebene).

3. Zugrunde liegende Annahmen und Risiken wurden nur unzureichend aufgeführt.
4. Bei langfristigen Projekten wurden die einzelnen Phasen und Termine für Halbzeitbewertungen nicht festgelegt.
5. Externe Durchführungspartner wollten die Ergebnisse (z. B. Handbücher) selbst erstellen, anstatt den Rechnungshof dabei zu unterstützen bzw. die Art der angestrebten Zusammenarbeit und die Zuständigkeitsverteilung zwischen den Partnern war unklar.
6. Das Konzept konzentrierte sich vollständig auf die Qualifizierungsfragen (z. B. Fortbildung), wobei offen blieb, wie dies zum Ausbau der Sachkompetenzen der Organisation und zur Verbesserung der Leistung des Rechnungshofes führen wird.
7. Die Indikatoren sind tatsächlich Ziele und nicht die Faktoren, die gemessen werden sollen. Außerdem ist die Datenquelle der Indikatoren unklar.
8. Es werden keine Vorschläge zur Projektüberwachung (und Indikatoren) gemacht.
9. Die Abfolge Problem-Ziel-Wirkung-Ergebnis-Aktivität ist unlogisch bzw. es werden auf den Ebenen Ziel und Wirkung Aspekte einbezogen, die in keinem Zusammenhang zu den angestrebten Wirkungen und Aktivitäten stehen.
10. Andere vom Rechnungshof empfangene Hilfen, insbesondere durch Beteiligung an globalen und regionalen Maßnahmen werden nicht offen gelegt bzw. die notwendige Abstimmung bleibt unberücksichtigt.

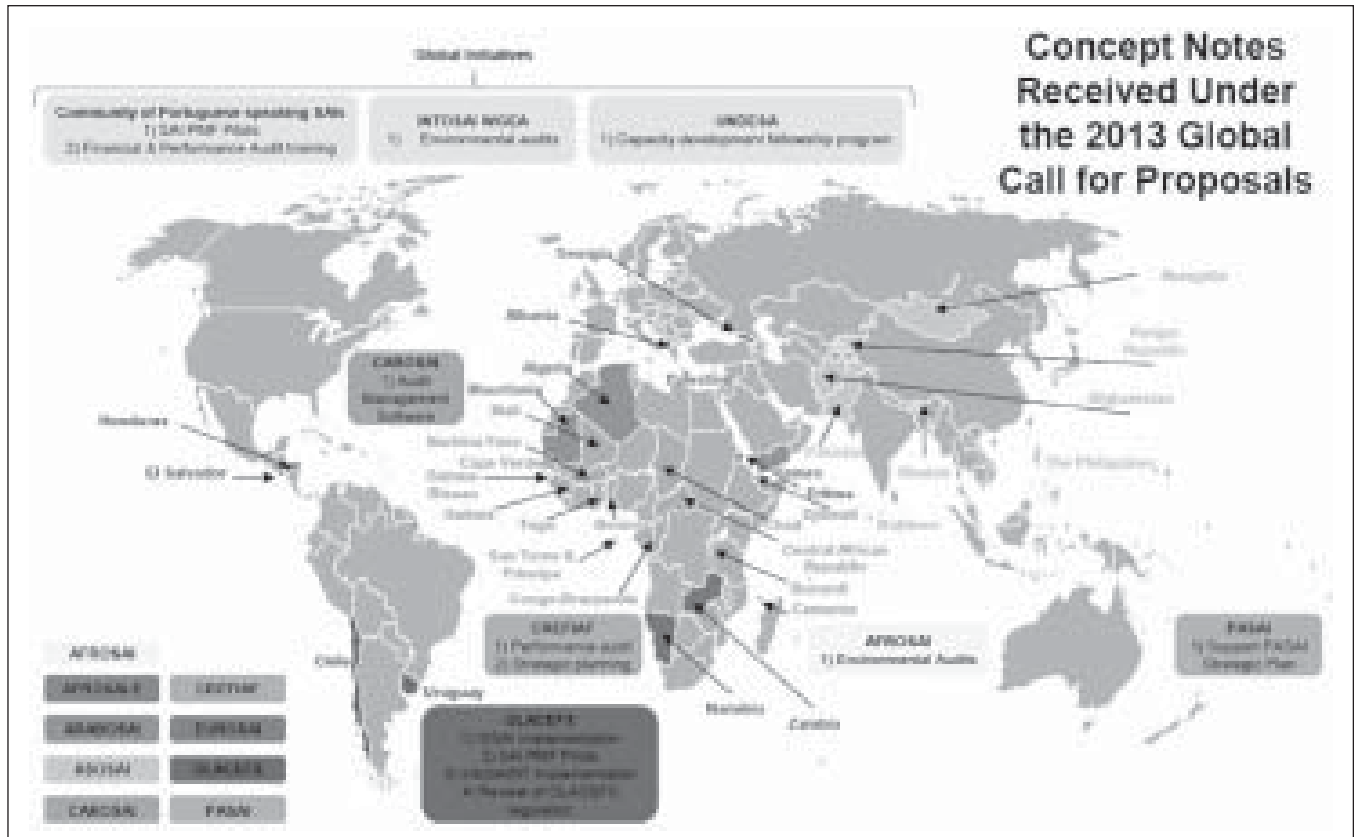
Festgestellter Bedarf

Die Konzepte decken viele Aspekte des Ausbaus der Sachkompetenzen ab. 33 Konzepte enthalten Komponenten, die unmittelbar auf die Stärkung der Prüfungstätigkeit abzielen. 17 Anträge stellen auf die Umsetzung der ISSAI für ein oder mehrere Prüfungsarten ab, während bei 14 Anträgen das Ziel die Stärkung anderer spezieller Prüfungskompetenzen ist, wie z. B. Prüfung von IT-Systemen, Prüfung der mineralgewinnenden Industrien, Prüfungen zu Betrug und Korruption oder Umweltprüfungen. Sieben Maßnahmen streben eine Stärkung der Unabhängigkeit des Rechnungshofes und der Rechtsgrundlagen der Finanzkontrolle an. In drei Fällen geht es um die Verbesserung der Organisation durch Stärkung der operativen Risikobewertung und der strategischen bzw. Arbeitsplanung, bei zehn weiteren um Verbesserungen bei anderen Aspekten (Personalwirtschaft, Haushalt und/oder Qualitätssicherung). In 17 Konzepten wird der Kapazitätsausbau im Bereich Sachausstattung und Infrastruktur genannt, insbesondere Investitionen in IT-Ausrüstung und Software. In zwei Fällen geht es um die Stärkung der Einbindung von Bürgern und der Zivilgesellschaft in die Prüfungen und in fünf Maßnahmen werden die Stärkung der Kommunikation und der Dialog mit Interessenträgern genannt.

Geografische Verteilung

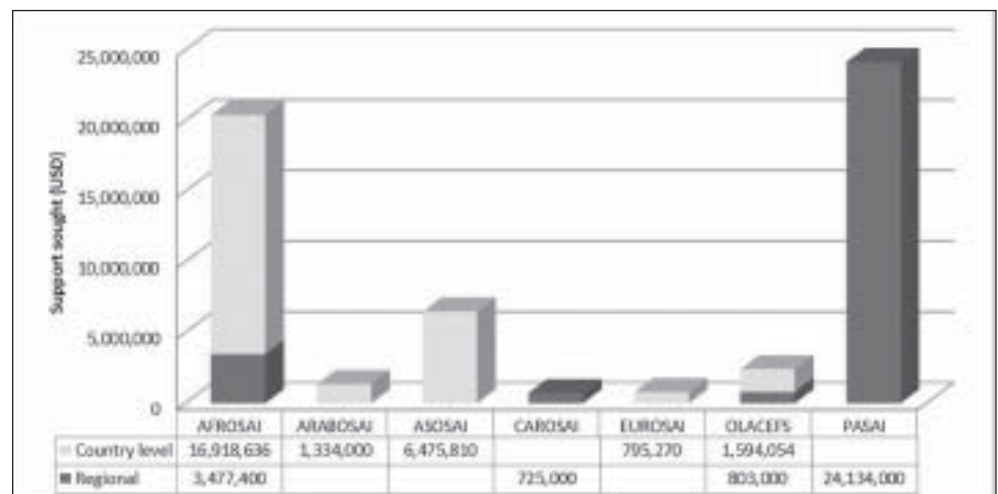
Die geografische Verteilung ist in etwa gleichmäßig, d. h. Konzepte sind aus allen INTOSAI-Regionen eingegangen. Die größte Zahl an Konzepten kommt von CREFIAF. Es folgen OLACEFS und ASOSAI.

Abbildung 1 stellt die von Rechnungshöfen, INTOSAI-Regionen und Teilregionen eingereichten Konzepte sowie vier globale Konzepte dar



54 % der eingereichten Konzepte wurden von Rechnungshöfen vorgelegt, die auf der DAC-Liste der ODA-Empfänger als am wenigsten entwickelte Länder verzeichnet sind. 29 % wurden von anderen Ländern bzw. Territorien eingereicht, die in der unteren oder mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich) eingestuft sind.

Abbildung 2 zeigt aufgeschlüsselt nach Regionen und Ländern, aus denen die Konzepte eingereicht wurden, die Höhe der von den INTOSAI-Regionen beantragten Zuschüsse



Insgesamt wurden Zuschüsse in Höhe von 57 Millionen US-Dollar beantragt. 48 % wurden für nationale Rechnungshöfe beantragt, 51 % von den Regionalorganisationen der INTOSAI für regionale Maßnahmen. 1 % entfiel auf globale Maßnahmen. Auf AFROSAI und PASAI entfällt mit zusammen 44,5 Millionen US-Dollar der größte Teil der beantragten Mittel. Der Mittelantrag von PASAI erfolgte mit einem einzigen Konzept für Maßnahmen, die durch das Regionalsekretariat gesteuert werden (5,7 Millionen US-Dollar) und für nationale Maßnahmen (18,4 Millionen US-Dollar).

Weiterer Ablauf: Globaler Aufruf zur Abstimmung über Anträge

Die Zusammenfassung des globalen Aufrufs zur Einreichung von Mittelanträgen wurde gleichzeitig allen potenziellen Gebern zugeleitet, u. a. Geberinstitutionen, Rechnungshöfen, Regionalorganisationen sowie sonstigen Stellen der INTOSAI (z. B. IDI) und dem Fonds für Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung von ORKB. Diese Organisationen werden gebeten, ihr Interesse an der Leistung von Unterstützung zu bekunden und das Ergebnis dem Antragsteller mitzuteilen mit Kopie an INTOSAI.Donor.Secretariat@idi.no. Das Sekretariat bemüht sich, den Abstimmungsprozess zu unterstützen, soweit erforderlich. Kommt es zu mehrfachen Interessenbekundungen an einem Konzept, haben die Antragsteller zu entscheiden, wie und mit wem sie den Antrag weiterverfolgen möchten. Antragsteller und mögliche Geber sollten eine wirksame Abstimmung mit bereits laufenden Maßnahmen auch anderer Geber sicherstellen. Ein geeignetes Hilfsmittel dafür ist die ORKB-Kapazitätsausbaudatenbank: <http://www.SAIdevelopment.org>.

Um eine rechtzeitige und wirksame Abstimmung der Unterstützungsleistungen zu gewährleisten, findet beim siebten Treffen des INTOSAI-Geber-Steuerungskomitees in Paris eine Sitzung zum globalen Aufruf mit einem runden Tisch möglicher Unterstützer statt. Nach Zuordnung der Konzepte zu potenziellen Gebern sollen die Partner gemeinsam die weitere Vorgehensweise und den Zeitplan dafür festlegen. Soweit erforderlich, wird das Sekretariat entsprechende Unterstützung geben. Über den Fortschritt bei der Zuordnung von Konzepten wird bei künftigen Treffen des INTOSAI-Geber-Steuerungskomitees berichtet.



ASOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung hält 5. Seminar und 4. Arbeitsgruppentagung in Vietnam ab

Das 5. Seminar für Umweltprüfung und die 4. Arbeitsgruppentagung der ASOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung fanden beide vom 14. bis 18. April in Hanoi statt. Es nahmen 53 Delegierte aus 19 Ländern teil, außerdem Beobachter der INTOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung, der AFROSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung, der Canadian Comprehensive Auditing Foundation (CCAF-FCVI) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Das Seminar zur Umweltprüfung diente als Forum für den Austausch von Erfahrungen und Best Practices zu den drei folgenden Themen: Forschung und Prüfung im Bereich der Erdatmosphäre, Prüfung zu nachhaltigen Energiequellen und Prüfung zu Feststoffabfall. Während des Seminars wurden 19 Vorträge zu diesen Themen gehalten.

Zweck der Tagung der ASOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung war, die Teilnehmer über die seit ihrer letzten Tagung neu eingetretenen Entwicklungen im Bereich Umweltprüfung zu informieren. Außerdem wurde der *Arbeitsplan der ASOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung für die Jahre 2014-2016* beraten und beschlossen sowie zwei Vorschläge für kooperative Prüfungen eingebracht.

Im Auftrag des Vorsitzenden der ASOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung und Präsidenten des chinesischen Rechnungshofes, Liu Jiayi, eröffnete Dr. Dong Dasheng, Vizepräsident des chinesischen Rechnungshofes, das Seminar und berichtete über die Arbeit der ASOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung in den letzten zwei Jahren. Der Präsident des vietnamesischen Rechnungshofes, Nguyen Huu Van und der Vertreter des Vorsitzenden der INTOSAI-Arbeitsgruppe Umweltprüfung hielten die Begrüßungsrede.

Gastgeber des nächsten Seminars und der nächsten Arbeitsgruppensitzung ist 2016 der indische Rechnungshof.

Unterkomitee 3 des Komitees für den Ausbau der Sachkompetenzen (CBC) meldet steigende Anzahl von Peer Reviews

Gemäß dem vom XXI. INCOSAI in Peking 2013 verabschiedeten Aktionsplan 2013-2016 des Unterkomitees für Förderung von Best Practices und Qualitätssicherung durch freiwillige Peer Reviews führte dessen Vorsitzender, der slowakische Rechnungshof, im Februar und März 2014 bei den INTOSAI-Mitgliedern eine E-Mail-Umfrage zum Thema Peer Reviews durch.

Nach dem Stand vom 1. April 2014 waren beim Unterkomitee 66 Peer-Review-Vorhaben gemeldet. Am häufigsten, nämlich viermal, unterzog sich der Rechnungshof der USA Peer Reviews. Drei andere Rechnungshöfe – Kanada, Litauen und Polen –

unterzogen sich dreimal einer Peer Review, 14 Rechnungshöfe zweimal und weitere 25 einmal, d. h. bislang 43 Rechnungshöfe (23 % der 191 INTOSAI-Mitglieder).

Der schwedische Rechnungshof war 18-mal als Peer Reviewer beteiligt. Es folgten Norwegen und die Niederlande (jeweils 17-mal) und das Vereinigte Königreich (16-mal). Auf diese vier Rechnungshöfe entfielen 41 % der Einsätze als Peer Reviewer. Der Vorsitz des Unterkomitees ist der Auffassung, dass dieses Ungleichgewicht behoben werden sollte und wird die Ergebnisse der Umfrage bei der Tagung des CBC im September 2014 in Lima vorlegen. Der Vorsitz des Unterkomitees will mit gutem Beispiel vorangehen und sich selbst als Peer Reviewer betätigen.

Peer Reviews werden ein immer nützlicheres Bewertungsinstrument für die INTOSAI-Mitglieder: 2000-2009 wurden 29 Peer Reviews erfasst. In den folgenden fünf Jahren (2010-2014) erhöhte sich die Zahl der Peer Reviews auf 37.

Die Umfrage ergab, dass ISSAI 5600 (*Peer-Review-Leitfaden*) nach seiner Verabschiedung durch den XX. INCOSAI 2010 weithin genutzt wurde, insbesondere bei der Vorbereitung und im Zuge der Planung von Peer Reviews. Eine Überarbeitung der ISSAI 5600 und die Verabschiedung dieser Version beim XXII. INCOSAI 2016 stehen an. Mit der neuen Fassung sollen Erfahrungen und Wissen zur Weiterentwicklung des ISSAI-Regelwerks für die gesamte INTOSAI-Gemeinschaft genutzt werden.

Das Task Team des Unterkomitees (Deutschland, Polen, Slowakei und Ungarn) trat im Mai 2014 in Bratislava/Slowakei zusammen, um gemäß dem Aktionsplan des Unterkomitees ISSAI 5600 zu überarbeiten.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof der Slowakischen Republik unter: info@nku.gov.sk.



Task Team des Unterkomitees (von links): P. Bana (polnischer Rechnungshof), A. Hetényi-Lajó und Z. Giday (ungarischer Rechnungshof), S. Hild (Bundesrechnungshof), I. Gál (slowakischer Rechnungshof), S. Ludes (Bundesrechnungshof), sowie I. Ciho und T. Tirpák (slowakischer Rechnungshof).

Erste Tagung der Arbeitsgruppe Finanzielle Modernisierung und Regulierungsreform

Wann:	6.-7. Mai 2014
Wo:	Washington, D.C.
Gastgeber:	Rechnungshof der Vereinigten Staaten
Teilnehmer:	Rechnungshöfe von Brasilien, Chile, China, Finnland, Indonesien, Italien, Mexiko, Niederlande, Polen, Republik Korea, Saudi-Arabien, Schweden sowie des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten.



Teilnehmer der Arbeitsgruppe treffen sich in Washington, D.C. zum Gedankenaustausch u. a. über die Reform der Regulierung der Finanzmärkte.

Der Rechnungshof der Vereinigten Staaten (GAO) war Gastgeber der ersten Tagung der INTOSAI-Arbeitsgruppe Reform der Finanzmärkte und ihrer Regulierung (WG FMRR) in Washington, D.C. Die Arbeitsgruppe ist in drei Untergruppen gegliedert, um die drei gesetzten Ziele zu bearbeiten:

Untergruppe 1 (Vorsitz China) konzentriert sich auf **Prüfungsinstrumente**: Sie sammelt Informationen über die Befugnisse und Mandate der ORKB zur Prüfung der Regulierung der Finanzmärkte und fasst diese zusammen, ermittelt andere einschlägige Arbeitshilfen und Instrumente für die Durchführung solcher Prüfungen und leistet Rechnungshöfen fachliche Unterstützung.

Untergruppe 2 (Vorsitz Kanada) konzentriert sich auf **Netzwerke**: Sie ermittelt, welche internationalen Organisationen bei den Bemühungen zur finanziellen Modernisierung und Reform mitwirken, erstellt eine Liste möglicher Ansprechpartner und stellt die Kontakte her, um Möglichkeiten des Informationsaustauschs zu erörtern.

- Untergruppe 3 (Vorsitz USA) konzentriert sich auf **Reformen**: Sie ermittelt und sammelt Informationen zu Art und Umfang sowie dem Fortschritt von auf nationaler und internationaler Ebene in Angriff genommenen Reformen zur finanziellen Modernisierung und Regulierung und fasst diese Informationen zusammen, um mögliche Lücken aufzudecken, die der besonderen Aufmerksamkeit der Regulierungsbehörden bedürfen.

Während des zweitägigen Treffens traten die Untergruppen zusammen, um die Arbeitsplanung und das weitere Vorgehen zu erörtern.

Die Untergruppe „**Prüfungsinstrumente**“ hat beschlossen

Informationen über die Befugnisse der Rechnungshöfe, Erfahrungen, Methodik und verfügbare Arbeitshilfen für die Finanzaufsicht zu sammeln und bereit zu stellen,

die jeweilige Methodik für die Finanzaufsicht darzustellen und

Instrumente und Arbeitshilfen zusammenzustellen zum Austausch zwischen den Rechnungshöfen.

Die Untergruppe „**Netzwerke**“ wird

Kontaktpersonen ermitteln und Treffen mit folgenden internationalen Organisationen organisieren: Internationaler Währungsfonds (IWF), Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board - FSB), Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und Internationale Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO),

den Stand der Umsetzung der Europäischen Bankenunion feststellen und den Nutzen einer Zusammenarbeit mit der EU prüfen sowie

Informationen zur Prüfungstätigkeit im Bereich Überwachung der Finanzstabilität und Reform des Finanzmarktes sammeln.

Die Untergruppe „**Reformen**“ wird

sich auf internationale Einrichtungen und Finanzreformen stützen als Grundlage für die Erarbeitung standardisierter Bewertungsmethoden für Finanzstabilität und mögliche Risiken.

Diskussionsrunden mit Mitarbeitern des GAO und externen Fachleuten

Neben den Untergruppen-Sitzungen fanden drei Diskussionsrunden zur Reform der Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzaufsicht statt: 1) Bedienstete des

GAO stellten ihre Prüfungsergebnisse zu Fragen der regulatorischen Finanzaufsicht vor, 2) externe Fachleute aus Forschungsorganisationen und der Wertpapier- und Börsenaufsicht der Vereinigten Staaten diskutierten über Fortschritt und Aufgaben im Bereich internationale Finanzreformen seit der Finanzkrise und 3) Vertreter des IWF erörterten Möglichkeiten zur Erkennung von Risiken für das Finanzsystem.

Tagung des Unterkomitees für Normen für die interne Kontrolle in Litauen



Mitglieder des Unterkomitees für Normen für die interne Kontrolle treffen sich in Litauen, um über Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und zur Förderung von Good Practices im Bereich der internen Kontrolle zu beraten.

Der litauische Rechnungshof war Gastgeber der Tagung des INTOSAI-Unterkomitees für Normen für die interne Kontrolle (ICS) am 27./28. Mai 2014 in Vilnius. In ihrer Eröffnungsrede sagte die Präsidentin des litauischen Rechnungshofes, Giedre Švedienė: „Es ist Aufgabe des Rechnungshofes, die Wirksamkeit der internen Kontrolle zu bewerten und durch entsprechende Normen eine gute Verwaltung zu fördern. Deshalb ist die Arbeit des Unterkomitees von uns von größter Bedeutung. Die vom Unterkomitee 2013 auf der Grundlage der Ergebnisse der weltweiten Umfrage von 2012 erarbeitete Studie wird zur Aktualisierung von INTOSAI GOV 9110 genutzt. Es freut mich, hier sagen zu können, dass mein Haus in Zusammenarbeit mit dem polnischen Rechnungshof aktiv am Entwurf des Fragebogens für diese Erhebung mitgewirkt hat.“

Der Vorsitzende des Unterkomitees und Präsident des polnischen Rechnungshofes, Krzysztof Kwiatkowski, erinnerte die Teilnehmer daran, dass das ICS 1984 als Komitee für interne Kontrolle eingerichtet wurde, wobei zunächst der Rechnungshof der USA

den Vorsitz führte, und dass es sich dabei um eines der ältesten Gremien der INTOSAI handelt. Das Unterkomitee wurde eingerichtet, um Good Practices im Bereich interne Kontrolle zu erarbeiten und zu fördern sowie eine klare Rechenschaftspflicht für die Mittelverwalter im öffentlichen Sektor herzustellen. Das Unterkomitee ist für die Erarbeitung der INTOSAI GOV zu den Normen der internen Kontrolle zuständig.

Präsident Kwiatkowski betonte die Bedeutung von Kooperation und Koordination zwischen allen Unterkomitees, die zusammen mit dem Unterkomitee ICS das INTOSAI-Komitee für Fachliche Normen (PSC) bilden. Deshalb nahmen Vertreter der übrigen Unterausschüsse des PSC an der Tagung in Vilnius teil und berichteten über ihre aktuellen Arbeitsergebnisse und Pläne für die Zukunft. Vertreter von IFAC, OECD und der Finanzministerien von Litauen und Polen waren ebenfalls zu der Tagung eingeladen.

Die Aktivitäten des ICS fallen unter Ziel 1 des INTOSAI-PSC. Der Arbeitsplan des Unterkomitees für den Zeitraum 2014-2016 beruht auf den fünf vom PSC-Steuerungsausschuss 2013 festgelegten Hauptaufgaben:

- Entwurf der überarbeiteten INTOSAI GOV 9110 auf der Grundlage der Ergebnisse der 2012 durchgeführten Umfrage
- Entwurf der überarbeiteten Leitlinien zum Risikomanagement (INTOSAI GOV 9130), ebenfalls auf Grundlage der Umfrageergebnisse
- Überprüfung der INTOSAI GOV 9100, 9120, 9140 und 9150 und Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen
- Aktive Förderung der INTOSAI GOV zur internen Kontrolle
- Aufbau der E-Plattform des Unterkomitees

Mitglieder des Unterkomitees übernahmen einzelne Aufgaben aus dem Arbeitsplan: Überprüfung der INTOSAI GOV 9100, 9120, 9140 und 9150 sowie die Revision der INTOSAI GOV 9110 und 9130. Als nächster Schritt erstellt das Unterkomitee einen detaillierten Terminplan für die Revision.

Nach dem Stand von Mai 2014 zählt das Unterkomitee ICS 28 Mitglieder: Polen (Vorsitz), Ägypten, Bahamas, Bangladesch, Belgien, Bolivien, Brasilien, Chile, Cook-Inseln, Costa Rica, El Salvador, Frankreich, Georgien, Jamaika, Kuba, Libyen, Litauen, Niederlande, Österreich, Oman, Rumänien, Russische Föderation, Spanien, Südafrika, Tansania, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika sowie das Institute of Internal Auditors als Beobachter.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des ICS: <http://www.psc-intosai.org/ics> oder können per E-Mail unter ics@nik.gov.pl abgefragt werden.

OLACEFS-Präsidium tagt in Buenos Aires

27 Vertreter aus neun Rechnungshöfen der Region nahmen an der 59. Präsidiumstagung teil

Am 23. Mai fand in Buenos Aires die OLACEFS-Präsidiumstagung beim argentinischen Rechnungshof statt.

Vertreten waren der vorsitzende Rechnungshof (Brasilien) und das Exekutivsekretariat (Chile) der Organisation sowie Argentinien, Paraguay und Peru. Als Vertreter der Komitees, Kommissionen und Arbeitsgruppen der OLACEFS sowie des OLACEFS/GIZ-Regionalprogramms nahmen auch die Rechnungshöfe der Dominikanischen Republik, Kolumbiens, Mexikos und Uruguays teil.

Die wichtigsten Themen waren das gemeinsame Regionalprogramm von OLACEFS und GIZ, die Haushaltskontrolle der Organisation sowie die Aktualisierung der Jahresarbeitspläne und des Haushalts 2014.

Die Arbeit am Strategischen Plan für den Zeitraum 2017–2022 hat begonnen. Als Teil der institutionellen Stärkung der Organisation wurde ein Kommunikationskonzept vorgelegt, weiterhin wurden Vorschläge für die Beschaffung von Ressourcen durch OLACEFS gemacht.

Im Hinblick auf eine verbesserte und zeitgemäße Außendarstellung wurden Regeln für einen Wettbewerb zur Gestaltung eines neuen Logos der OLACEFS beschlossen. Teilnahmeberechtigt sind Bedienstete aller OLACEFS-Mitglieder. Letzter Abgabetermin für Vorschläge ist der 3. August und der Gewinner erhält 1.000 US-Dollar. Die Teilnahmebedingungen sind auf der Internetseite von OLACEFS aufgeführt.

Als Teil des Plans zur Erweiterung der OLACEFS billigte das Präsidium die Aufnahme des Rechnungshofes der Gemeinden des Bundesstaates Bahia aus Brasilien. Die endgültige Aufnahme als angeschlossenes Mitglied wird bei der nächsten Generalversammlung der OLACEFS im kommenden Herbst erfolgen.

Weiterhin befasste sich das Präsidium mit dem Americas Award und der Schaffung des Lateinamerikanischen und Karibischen Netzwerks für Korruptionsbekämpfung (RLACC). Laut seinem Beschluss von Buenos Aires erwartet das Präsidium die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding mit anderen Netzwerken, damit das RLACC bei der 24. Generalversammlung der OLACEFS in Cuzco/Peru im November gegründet werden kann.

Weitere Informationen finden sich unter folgenden Links::

DOKUMENTE FÜR DIE 59. SITZUNG 2014 DES PRÄSIDIUMS IN BUENOS AIRES (http://www.olacefs.com/Olacefs/ShowProperty/BEA%20Repository/Olacefs/Eventos/2014/Archivos/Consejo_BBAA.htm)

FOTOGALERIE DER 59. PRÄSIDIUMSSITZUNG 2014 (<https://www.flickr.com/photos/olacefs/sets/72157644852776073/>)

PASAI/IDI: Gemeinsame Schulung über ein System zur Leistungsbewertung der Rechnungshöfe

25 Mitglieder der Pazifischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (PASAI) nahmen vom 28. April bis 2. Mai in Fidschi an einer einwöchigen Schulung über ein System zur Leistungsbewertung der Rechnungshöfe teil. Dabei handelt es sich um ein Instrument, mit dessen Hilfe Rechnungshöfe ihren Wert und Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger darstellen können. Außerdem dient es als Hilfsmittel für die Steuerung, Messung und Überwachung der eigenen Leistung.



PASAI-Mitglieder bei der Schulung über ein System zur Leistungsbewertung der Rechnungshöfe auf Fidschi.

Das Bewertungssystem zeigt auch die internen und externen Bereiche auf, die die Rechnungshöfe stärken sollten, um die mit ihrem Mandat verbundenen Aufgaben zu erfüllen. Die Teilnehmer äußerten sich anerkennend über die Komplexität des Instruments und hoben dessen Bedeutung für die Leistungsbewertung der Rechnungshöfe hervor. Außerdem unterstreicht das System die Bedeutung wirksamer Verwaltungs- und Unterstützungsstrukturen, des Engagements sowohl der Bediensteten als auch der Führungskräfte sowie der aktiven Steuerung der Kommunikation und der Beziehungen zu den Interessenträgern.

Am Ende der Schulung erhielten die Teilnehmer Zertifikate zum Nachweis ihrer erworbenen Qualifikation als Multiplikatoren für das Bewertungssystem. Die Teilnehmer werden in die bei IDI geführte Dozentendatenbank aufgenommen.

Die Schulung erfolgt in Zusammenarbeit zwischen PASAI und IDI mit Multiplikatoren aus dem brasilianischen Rechnungshof, der Weltbank und des Rechnungshofes der Cook-Inseln. Das Schulungsprogramm war in zwei Teile gegliedert: die Anwendung des Instruments selbst und die Dozententätigkeit.

Die Schulung der PASAI-Mitglieder fand rechtzeitig statt, um das neu erworbene Wissen bei der Erstellung des neuen Strategischen Plans 2014-2024 der PASAI einbringen zu können. Mit Beginn der Laufzeit des neuen Strategischen Plans konnten durch die Schulung Erkenntnisse zur Verbesserung der Aufgabenerfüllung und Stärkung der Finanzkontrolle gewonnen werden.

Einbeziehung der Rechnungshöfe in die VN-Entwicklungsagenda ab 2015

Rechnungshöfe spielen eine wesentliche Rolle im Hinblick auf die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung. Sie schaffen Transparenz, gewährleisten die Rechenschaftslegung und tragen zum guten Verwaltungshandeln bei. Die Rechnungshöfe können ihre Aufgaben aber nur wirksam erfüllen, wenn ihre Unabhängigkeit in vollem Umfang gewährleistet ist. Die Einbeziehung der ORKB in die UN Post-2015 Development Agenda wäre ein bedeutender Schritt zur Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle und damit für eine Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftslegung weltweit.

Mit der Post-2015 Development Agenda werden die VN als Nachfolgeprogramm für die auslaufenden Millennium Development Goals einen neuen globalen Entwicklungsrahmen beschließen. Diese Agenda wird die nachhaltige und inklusive Entwicklung fördern. In den letzten Monaten hat sich das Generalsekretariat der INTOSAI für die Anerkennung der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe und die Stärkung ihrer Sachkompetenzen im Rahmen der künftigen internationalen Entwicklungsagenda ausgesprochen.

Im Oktober 2013 traf sich INTOSAI-Generalsekretär Josef Moser mit dem Generalsekretär der VN Ban Ki-moon. Beide betonten die Bedeutung der beiderseitigen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Stärkung der Rechenschaftspflicht in der Entwicklungszusammenarbeit. Beim XXI. INCOSAI im Oktober 2013 in Peking beschloss INTOSAI die Zusammenarbeit mit den VN.

Bei einem Symposium des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) im März 2014 in Berlin zum Thema „Verantwortliche und wirksame Entwicklungszusammenarbeit nach 2015“ und bei der 13. Sitzung des Expertenkomitees der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung (CEPA) im April 2014 in New York stellte das Generalsekretariat den Standpunkt der INTOSAI dar. Außerdem legte das Generalsekretariat dem zwischenstaatlichen Expertenausschuss der VN für nachhaltige Entwicklungsfinanzierung einen Beitrag vor und beteiligte sich an den VN-Online-Diskussionen zu den Themen „Messung des Fortschritts bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die Zeit danach“ sowie „Partizipatorische Überwachung und Rechenschaftslegung“.

Als Ergebnis dieser Bemühungen sprachen sich der derzeitige ECOSOC-Präsident Martin Sajdik und der Untergeneralsekretär der VN für Wirtschaft und Soziales Wu Hongbo für die Einbeziehung der Rechnungshöfe und deren Qualifizierung in

die künftige Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen aus. Das CEPA beschloss außerdem, die Themen Unabhängigkeit der Rechnungshöfe und Ausbau der Sachkompetenzen in ihre Schlussfolgerungen an den ECOSOC aufzunehmen, die eine entscheidende Rolle für die Planung der Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 spielen.

Im Juli 2014 wird das INTOSAI-Generalsekretariat am politischen Forum des ECOSOC teilnehmen, um einen Beitrag der Rechnungshöfe zur nachhaltigen Entwicklung zu befürworten. Generalsekretär Josef Moser wird nochmals die Unabdingbarkeit der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe sowie die Notwendigkeit eines nachhaltigen Ausbaus ihrer Sachkompetenzen und der Verbesserung der Rechnungslegung unterstreichen. Die Mitglieder der INTOSAI werden angehalten, durch ihre nationalen Gremien die Bemühungen des Generalsekretariats zu unterstützen.

Im Zuge der Entwicklungen der letzten Monate wurde die Bedeutung der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe – wie in den INTOSAI-Deklarationen von Lima und Mexiko unterstrichen und in der VN-Resolution A/66/209 wiederholt – und die Notwendigkeit des Ausbaus ihrer Sachkompetenzen klar anerkannt. Die Einbeziehung der Rolle der Rechnungshöfe in die VN-Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 ist der notwendige nächste Schritt zur Erhöhung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle. Dies fördert die wirksame Arbeit der öffentlichen Verwaltung und die Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht weltweit.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite <http://www.intosai.org> oder können beim INTOSAI-Generalsekretariat unter der E-Mail-Adresse intosai@rechnungshof.gv.at angefragt werden.

IDI UPDATE



IDI Update informiert über Entwicklungen in den Arbeiten und Programmen der INTOSAI-Entwicklungsinitiative. Nähere Einzelheiten über die IDI und aktuelle Informationen zwischen den Ausgaben dieser Zeitschrift finden sich auf der IDI-Website unter:

<http://www.idi.no>
Informationen zur ISSAI Implementation Initiative (3i-Programm), finden sich unter: <http://www.idicommunity.org/3i>

IDI-Board tagt in Oslo



Teilnehmer der Tagung des IDI-Board in Oslo/Norwegen.

Die Jahrestagung des IDI-Board fand am 4. und 5. März 2014 in Oslo statt. Der Board begrüßte Per-Kristian Foss, den Leiter des norwegischen Rechnungshofs, als neuen IDI-Vorsitzenden und Kimi Makwetu, den Leiter des Rechnungshofs von Südafrika und Vorsitzenden des INTOSAI-Komitees für den Ausbau der Sachkompetenzen, als neuen Beobachter. Der Leistungs- und Rechenschaftsbericht 2013, der Jahresabschluss 2013, der Arbeitsplan 2014/15, der Jahresbericht für 2013 und der Haushaltsplan 2014/15 der IDI wurden verabschiedet. Dies ist das erste Mal, dass die IDI einen ergebnisorientierten Leistungs- und Rechenschaftsbericht erstellt hat. Außerdem wurden der Arbeits- und der Haushaltsplan für zwei Jahre erstellt. Diese Dokumente stehen zur Verfügung unter <http://www.idi.no>

Weitere Themen waren die Zertifizierung von Prüfern für den öffentlichen Sektor im Rahmen von INTOSAI, der strategische Plan der INTOSAI, die Finanzierung der IDI und die Zusammenarbeit mit anderen INTOSAI-Gremien einschließlich des INTOSAI-Komitees für den Ausbau der Sachkompetenzen und den Regionalorganisationen.

Abstellung von Bediensteten des brasilianischen Rechnungshofes zur IDI

3i-Programm in der ARABOSAI-Region

Der brasilianische Rechnungshof und IDI haben eine Vereinbarung über die Abstellung einer/eines Bediensteten (50% der regulären Arbeitszeit) für den Bereich

Wirtschaftlichkeitsprüfung im Rahmen des 3i-Programms getroffen. Es handelt sich dabei um einen Sachbeitrag des brasilianischen Rechnungshofes, der die Gehaltskosten übernimmt. Dieser Sachbeitrag kommt zu einer halben Stelle hinzu, die der Rechnungshof bereits an das INTOSAI-Gebersekretariat abgeordnet hat. Diese beiden Bediensteten haben ihren Arbeitsplatz beim brasilianischen Rechnungshof. Der norwegische Rechnungshof stellt ebenfalls einen Bediensteten bzw. eine Bedienstete für das INTOSAI-Gebersekretariat ab und übernimmt seinerseits das Entgelt.

ISSAI Implementation Initiative (3i), Programmphase I

Vereinbarung über die Geschäftsordnung bei der 11. Sitzung des Steuerungskomitees für fachliche Normen (PSC) unterzeichnet

Diese Vereinbarung zum 3i-Programm wurde von der IDI, dem INTOSAI-Komitee für fachliche Normen (PSC), dem Unterkomitee für die Prüfung der Rechnungsführung (FAS), dem Unterkomitee für Wirtschaftlichkeitsprüfungen (PAS) sowie dem Unterkomitee für die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen (CAS) unterzeichnet. Die Vereinbarung skizziert die Zusammenarbeit zwischen dem PSC und den drei Unterkomitees sowie die von der IDI im Zuge des 3i-Programms getroffenen Umsetzungsmaßnahmen. Weiterhin regelt sie die Rollen und Zuständigkeiten der Beteiligten bei der Umsetzung der ISSAIs, die Feedback- und Kooperationsverfahren sowie mögliche Bereiche künftiger Zusammenarbeit. Die Vereinbarung wurde am 23. Mai 2014 bei der 11. Sitzung des Steuerungskomitees für fachliche Normen (PSC) in Manama/Bahrain getroffen.

Mitwirkung von IDI an der Überprüfung der PSC-Normsetzung

Das INTOSAI-Komitee für fachliche Normen (PSC) hat ein Verfahren zur Evaluierung und Verbesserung der Normsetzungsverfahren der INTOSAI zwecks Verbesserung der staatlichen Finanzkontrolle auf den Weg gebracht. Die Evaluierung wird vom Vorsitz des PSC (Dänemark) in Zusammenarbeit mit dem Vorsitz der Task Force „Strategische Planung“ (TFSP) (USA) und IDI durchgeführt. Es soll festgestellt werden, ob INTOSAI als Ergebnis von Ziel 1 über die Kompetenzen und Verfahren verfügt, die notwendig sind, künftige internationale Normen für die staatliche Finanzkontrolle festzulegen und zu ändern. Als Beitrag dazu wird IDI an ihrem Sitz eine Überprüfung der Zweckmäßigkeit der ISSAI als fachliches Rahmenwerk für die ORKB durchführen. Diese wird neben einer Bewertung dazu, inwieweit die ISSAI spezielle Fragen zu Mandat und Aufgabenstellung der ORKB regeln, auch eine Übersicht über die bisherigen Erfahrungen beinhalten.

Überprüfung der Produkte des 3i-Programms zur Wirtschaftlichkeitsprüfung

ISSAI-Experten für den Bereich Wirtschaftlichkeitsprüfung des brasilianischen Rechnungshofes (Vorsitz PAS) sowie der Rechnungshöfe von Indien, Bangladesch, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie von Südafrika trafen sich vom 10. bis 16. April 2014 in Oslo/Norwegen, um die 3i-Produkte zu überprüfen, die für die Wirtschaftlichkeitsprüfung entwickelt worden sind. Das Performance Audit ISSAI Compliance Assessment Tool (iCAT) wurde um Vorgaben der Ebene 3 erweitert.

ISSAI-Umsetzungshandbuch zur Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung erarbeitet

ISSAI-Experten für den Bereich „Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen“ und Mentoren des CAS-Vorsitzenden Norwegen sowie Vertreter der Rechnungshöfe von Grenada, Lesotho, Litauen, Pakistan, Samoa und der Türkei tagten vom 10. bis 28. Februar 2014 in Abu Dhabi/VAE zwecks Erarbeitung des Entwurfs des ISSAI-Umsetzungshandbuchs zur Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung. Das Handbuch ist eines der globalen Arbeitshilfen, die im Zuge des 3i-Programms erstellt werden sollen. Als Teil dieser Tagung bot das CAS-Sekretariat ein zweitägiges Seminar zur Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen an.

Treffen zur Überprüfung der Produkte des 3i-Programms zur Prüfung der Rechnungsführung und zur Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen

ISSAI-Experten für die Bereiche Prüfung der Rechnungsführung und Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen sowie Mentoren der FAS, des CAS-Vorsitzes und der Rechnungshöfe von Bhutan, Georgien und Litauen tagten vom 17. bis 21. Februar 2014 in Abu Dhabi/VAE, um die iCATs zur Prüfung der Rechnungsführung und zur Ordnungsmäßigkeitsprüfung zu behandeln. Die aktuellen iCATs wurden um ISSAI-Vorgaben der Ebene 3 ergänzt.

3i Management Workshop für OLACEFS-Mitglieder

Bei OLACEFS wurde das 3i-Programm mit dem 3i Management Workshop für die Leitungsebenen der Rechnungshöfe begonnen. An dem Workshop am 27./28. März 2014 in Brasilia/Brasilien nahmen 50 Führungskräfte aus 19 Rechnungshöfen teil. Die Teilnehmer diskutierten strategische Fragen zur Umsetzung der ISSAI und tauschten ihre Erfahrungen aus. Nachdem die 3i-Produkte vorgestellt wurden, unterzeichneten 19 Rechnungshöfe mit der OLACEFS, der Arbeitsgruppe für die Anwendung internationaler Prüfungsnormen der Rechnungshöfe der OLACEFS (GTANIA) und der IDI eine Absichtserklärung zur Umsetzung der ISSAI.

Gemeinsames Programm WGITA-IDI zur Qualifizierung im Bereich IT-Prüfung

Das Programm zum Ausbau der Sachkompetenzen im Bereich IT-Prüfung ist ein gemeinsames Vorhaben der INTOSAI-Arbeitsgruppe „IT-Prüfung“ (WGITA) und IDI. Am 2. Juni 2014 beginnt ein Online-Kurs zur IT-Prüfung mit 112 Teilnehmern aus 41 Rechnungshöfen.

Überregionales IDI-Programm zur Stärkung der Überwachung und Prüfung der staatlichen Kreditgewährung und Kreditaufnahme

IDI hat ein überregionales Programm im Bereich Prüfung der Staatsschulden gestartet. Der Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Aufsicht innerhalb des öffentlichen

Sektors und der Prüfung der staatlichen Kreditgewährung und Kreditaufnahme. Teilnehmer an dem Programm sind 15 bzw. 9 Rechnungshöfe aus den englisch- bzw. spanischsprachigen Regionen der INTOSAI. Sie vertreten sowohl die kreditgewährenden als auch die kreditaufnehmenden Länder.

Eine Kooperationstagung der Rechnungshöfe der englischsprachigen Regionen und anderer Interessenträger wurde vom 19. bis 22. Mai 2014 in Kuala Lumpur/ Malaysia abgehalten. Außer UNCTAD, die für dieses Programm Partner der IDI ist, nahmen auch Gastredner der indischen Zentralbank und der Firma Deloitte teil. 38 Teilnehmer aus 15 Rechnungshöfen waren anwesend und unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen mit IDI.

IDI/ARABOSAI-Programm zur Zertifizierung von IDI-Schulungsexperten

37 Teilnehmer aus 14 Rechnungshöfen nahmen am IDI/ARABOSAI Train the Trainer Workshop teil, der vom 20. April bis 15. Mai 2014 in Kuwait stattfand. Dieser Workshop ist Teil des Zertifizierungsprogramms für Dozenten und umfasst die Bereiche Kursgestaltung und -vorbereitung sowie Didaktik. Die Teilnehmer werden in ihrem jeweiligen Rechnungshof eine eintägige ISSAI-Schulung für Prüfungspersonal konzipieren und durchführen und eine Bedarfsabschätzung vornehmen. Nach einer Beurteilung werden die erfolgreichen Kandidaten als IDI-Schulungsexperten zertifiziert..

IDI/CBC-Programm

Tagung zur Prüfungsplanung für eine kooperative Prüfung der Steuerverwaltungen

Diese Veranstaltung ist Teil des IDI/CBC-Programms. Teilnehmer sind die Rechnungshöfe der Bahamas, von Barbados, Grenada, St. Lucia, Guyana und Jamaika aus der CAROSAI-Region. Die Tagung fand vom 24. bis 28. März 2014 in Barbados statt. Prüfungskonzepte wurden entworfen und ein regionales Koordinationskomitee eingerichtet.

Tagung zur Prüfungsplanung für die kooperative Prüfung der mineralgewinnenden Industrie

An diesen Planungstagungen im Rahmen des IDI/CBC-Programms nahmen die Rechnungshöfe von Kenia, Nigeria, Südafrika, Südsudan, Sambia, Tansania und Uganda aus AFROSAI-E teil. Die Tagung zur Prüfungsplanung fand vom 7. bis 11. April 2014 in Kenia statt.



Teilnehmer der Prüfungsplanungstagung in Kenia.

Workshop zum CBC-Leitfaden zur besseren Nutzung und Wirkung von Prüfungsberichten

Diese Veranstaltung war Teil des IDI/CBC-Programms und fand für die OLACEFS-Region vom 17. bis 21. März 2014 in Panama statt. Insgesamt 27 Teilnehmer aus Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, Honduras, Mexiko, Panama und Venezuela wurden von sieben Dozenten aus den Rechnungshöfen von Brasilien, Chile, Costa Rica und Panama angeleitet. Die Teilnehmer erarbeiteten Strategien zur Stärkung der Beziehung zwischen den Rechnungshöfen und ihren externen Interessenträgern zur besseren Nutzung und Wirkung ihrer Prüfungsberichte.

Berichtstagung zur 5. kooperativen Wirtschaftlichkeitsprüfung der Staatsverschuldung

Die Tagung fand vom 17. bis 22. März 2014 auf den Cook Islands statt. Teilnehmer waren die Rechnungshöfe der Föderativen Staaten von Mikronesien; Kosrae, National und Pohnpei sowie von Cook Islands, Fidschi, Marshall-Inseln und Samoa. Die Entwürfe der Prüfungsberichte wurden diskutiert und für die Vorlage an die Rechnungshöfe fertiggestellt.

Planungstagung für die erste kooperative Prüfung von Entwicklungshilfeprojekten

Diese Tagung fand vom 27. März bis 2. April 2014 in Tonga statt. Teilnehmer am Programm sind die Rechnungshöfe von Cook Island, Fidschi, Kiribati, Samoa und Tuvalu. Die Entwürfe der Prüfungskonzepte wurden anhand der Ergebnisse einer Orientierungsprüfung fertiggestellt.

Schulungen zur Prüfungswirksamkeit

Eine Schulung zur Prüfungswirksamkeit wurde vom 27. bis 31. Januar 2014 in Thimpu/Bhutan durchgeführt. 37 Vertreter von Rechnungshöfen (Mitglieder von ASOSAI) und einige Geberstellen nahmen daran teil. Ein weiterer Kurs wurde vom 2. bis 6. März 2014 in Saudi Arabien mit 31 Teilnehmern abgehalten. Ausrichter der Schulung waren IDI und der Rechnungshof von Saudi Arabien mit Unterstützung des ARABOSAI-Sekretariats.

Eine Schulung für Geber zur Prüfungswirksamkeit fand vom 17. bis 19. März 2014 mit 21 Teilnehmern im Schulungszentrum von USAID in Washington, D.C. statt. Ausrichter waren IDI und USAID. Eine weitere Schulung wurde in Zusammenarbeit mit dem norwegischen Rechnungshof vom 12. bis 16. Mai 2014 in Oslo abgehalten. Daran nahmen 40 Vertreter aus Rechnungshöfen und Geberstellen teil.

Kurs „Zusammenarbeit mit Rechnungshöfen“ für internationale Entwicklungsagenturen

Das Sekretariat für die Zusammenarbeit zwischen INTOSAI und Geberstellen hat zum ersten Mal den Kurs „Zusammenarbeit mit Rechnungshöfen“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Entwicklungsagenturen erfolgreich abgehalten. Der Kurs fand vom 5. bis 7. März 2014 in Crystal City/Virginia statt. Gastgeber war USAID. Die zwanzig Teilnehmer, u.a. von der Interamerikanischen Entwicklungsbank sowie von UNDESA, UNDP, USAID, der Weltbank und dem kanadischen Außen-, Handels- und Entwicklungsministerium, kamen zu dem Schluss, dass mit dem Kurs ihre Ziele – nämlich der fachliche Wissensaustausch und die Vertiefung der Kenntnisse über die staatliche Finanzkontrolle – erreicht wurden.

Kontakt zu IDI

Bei Fragen zum IDI Update wenden Sie sich bitte an IDI:

E-Mail: idi@idi.no

Website: <http://www.idi.no>

INTOSAI-Veranstaltungen 2014



Juli	August	September
<p>7.–8. Treffen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Korruption und der Geldwäsche (WGFACML), Washington, D.C., USA</p> <p>14.–15. 66. Treffen des Steuerungskomitee des Komitees für Austausch von Wissen (KSC), Kairo, Ägypten</p> <p>22.–24. Sitzung der Arbeitsgruppe Staatsschulden (WGPD), Seoul, Republik Korea</p>	<p>18. 11. Präsidialtagung der PASAI, Apia, Samoa</p> <p>19.–22. 17. PASAI-Kongress, Apia, Samoa</p> <p>5.–7. 66. Tagung des Präsidiums der INTOSAI, Wien, Österreich</p> <p>24.–28. XXXIV. Generalversammlung der OLACEFS, Cusco, Peru</p>	<p>9.–11. Treffen des Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen (CBC), Lima, Peru</p> <p>16.–17. 7. Sitzung des Steuerungskomitee Kooperation INTOSAI-Gebergemeinschaft, Paris, Frankreich</p> <p>17.–18. 12. Treffen des Unterkomitee für die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Normen (CAS), Oslo, Norwegen</p> <p>18. 10. Treffen des Finanz- und Verwaltungskomitees</p> <p>23.–24. 46. Tagung des Präsidiums der ASOSAI, Moskau, Russische Föderation</p> <p>25.–27. II. ASOSAI-EUROSAI Konferenz, Moskau, Russische Föderation</p>

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und -abstimmung beitragen. Diese regelmässig erscheinende Rubrik der *Zeitschrift* enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen nur je nach verfügbarem Platz Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen Regionalen Arbeitsgruppe. Kontaktinformationen unter <http://www.intosai.org/regional-working-groups.html>